

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichterstattungen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Douthy-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 4. März 1902.

Expedition: SW. 19, Douthy-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Gefühle der Kaiserin-Tante.

In keinem Parlamente der Welt wird von den bürgerlichen
Parteien den Fragen der auswärtigen Politik so geringes Interesse
entgegengebracht, wie im deutschen Reichstag. Die Urteillosigkeit
bereinigt sich mit der Feigheit; man wagt sich nicht hinaus über
die Höhe der angestellten Ministerial-Offiziosen, denen die Aufgabe
obliegt, das leere Diplomatengetöse der Nahgebenden noch mehr
zu verwässern und zu trüben. Der Parlamentarismus der bürger-
lichen Parteien in Deutschland ist immer mehr zum brutalen Ge-
schäft geworden. Man interessiert sich für nichts wie für den eignen
Profiß, und diese Rücksicht gebietet es, in auswärtigen Fragen
strenge „national“ zu denken, das heißt alles der unerforschlichen
Weisheit der Regierung zu überlassen. Von einer grundsätzlichen
Kritik größeren Stils ist keine Rede. Die furchtbaren Probleme des
Völkerlebens gehen sie nichts an. Was schiert sie die Vernichtung
der Boeren, was die Unterdrückung von Nationalitäten, was jene
unendliche Fülle der Frevel am Völkerrecht, die Tag für Tag die
Staaten der Zivilisation begehen oder doch dulden! Zum Gedenktage
Victor Hugos hat die Pariser „Assiette au beurre“, wohl das be-
deutendste satirische Anklamblatt, das wir besitzen, Visionen des
französischen Dichters veröffentlicht, die in dämonischen Zeichnungen
Steinlens darstellen, wie sich die Idee der Humanität in den hundert
Jahren seit der Geburt Hugos erfüllt habe. Wir blicken schauernd
in ein Chaos von Blut und Greueln. Wir sehen, wie Kitzinger im
boerischen Konzentrationslager mit schweren Stiefeln Frauen und
Kinder niedertritt. Der Präsident der französischen Republik freut
sich Arm in Arm mit Vätern des kosakischen Treibens. Den wilden
schwarzen Einbruch der Mächte in China schildert ein andres Blatt, der
„christliche“ Missionar torkelt voran, hinterher eine wüste französische
Parasitenherde bluttrunken schlenkernd über ungezählte Leichen, am
einen Arm den Küssen, am andern den Deutschen. Auf einer weiteren
Tafel erscheint der Sultan mit dem französischen Minister und be-
lustigt sich an der fidelem Niedermetzlung der Armenier. Auf
der nächsten Seite treibt die christliche Zivilisation Kolonialpolitik:
Gepfächte, lebendig verbrannte, gemarterte und zerstückte „Bilder“.
Man könnte das erschütternde Fest Steinlens statt „Vision
Victor Hugos“ auch „Die auswärtige Politik“ oder
„Weltpolitik“ betiteln, deren Wesen sich in diesen blutrot-
schwarzen Blättern wahrhaftiger abzeichnet als in allen diplomatischen
Reiz- und Blaudüchtern zusammengenommen. Aber die herrschenden
Klassen, namentlich im Volke der Dichter und Denker, haben nicht
das mindeste Empfinden mehr für diese tausendfältige Schändung
der Kultur und der Humanität. Sie gähnen und grinsen. Nur wenn
es sich um den persönlichen Zollprofiß handelt, gerät ihr schlafes
Blut in Wallung.

So muß denn die Socialdemokratie auch die Aufgabe
auf sich nehmen, die auswärtige Politik vor das Gericht der Mensch-
lichkeit und der Vernunft zu ziehen. Es war durchaus notwendig,
daß einmal von unserer Seite die ganze internationale
Politik der Völkerrechtsverletzungen der herrschenden
Klassen gründlich erörtert wurde, trotz und wegen der stupiden Teil-
nahmslosigkeit der bürgerlichen Parteien. Das geschah am Montag
im Reichstag.

Zunächst wurde der ostasiatische Etat erledigt. Er ist in
der Kommission ziemlich stark beschritten worden. Gegen das Er-
warten blieb der Widerstand gegen die Abstriche aus, und das Haus
hieß ohne Widerspruch die Beschlüsse der Kommission gut. Bei dieser
Gelegenheit hielt der Reichskanzler Graf Bälou wieder einmal
seine bekannte Rede über die auswärtige Politik: Alles ist in
schönster Ordnung, Deutschland ist ebenso maßvoll, besonnen und
klar, wie energisch und entschlossen; wir verfolgen bloß wirtschaft-
liche Interessen in China, wollen die offene Thür, das Verhältnis
zu den Mächten ist das denkbar beste, trotzdem aber muß unter Be-
wahrung dort bleiben. Das neue Moment des englisch-japanischen
Vertrages fügte sich zwanglos in die altbewährte Bälou-Rede ein.
Manche Leute meinen, für Deutschland sei jenes Bündnis einiger-
maßen unangenehm. Da kennt ihr das Herz des Grafen Bälou
noch lange nicht. Nein, der Graf freut sich unendlich über den
schönen Vertrag, wenn er ein englischer Minister wäre, könnte seine
Genehmigung nicht größer sein.

Für die Socialdemokraten begründete Singer in entschiedener
Weise die Ablehnung der gesamten Chinapolitik — in deren scharfer
Verurteilung die Socialdemokratie recht behalten habe — und er-
klärte sich natürlich auch gegen das Verbleiben deutscher Truppen
in China, wo jetzt eine modifizierte Kolonialarmee geschaffen wird.

Dann kam der Etat des auswärtigen Amtes an die Reihe.
Herr Professor Haffe, der Alldutsche, bestieg die Tribüne. Sicher,
nun forderte er den Reichstag und die Regierung mit klammernder
Begeisterung auf, sich der Boeren anzunehmen! Aber nein, Herr
Haffe, der Führer der Boerenliga, hatte wichtigeres zu thun. Kein
Wort über die internationale Politik; denn sein Jubel über die
Prinzinjenfahrt nach Amerika ist nicht ins Bereich der ernsthaften Politik
zu rechnen. Dafür jammerte er, daß irgend welchen Deutschen irgend
wo im Ausland irgend ein Härchen gekrümmt worden sei. Dann
sprach er über Berufs- und Wohnkonsulate. Sonst wurde von
bürgerlicher Seite noch über Handelskammern im Ausland ge-
redet.

Unser Parteigenosse Gradnauer aber erörterte dann in einer
großen Rede die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik. Die
amerikanische Reisepolitik enthüllte er in ihrem kläglichen Nichts.
Wahnt man durch derlei Mittelchen die Freundschaft mit einem
Staate herzustellen, den wirtschaftlich zu schädigen Hauptziel unserer
Zollpolitik sei? Uebrigens ist es merkwürdig, daß immer nur von
Deutschland derartige Aufmerksamkeiten dem Ausland erwiesen
werden. Bisher hat sich noch keine Nation revanchiert

und uns solche kleinen Geschenke, die die Freundschaft verspotten
und entwerten, durch Telegramme, Briefe und Specialgesandte an-
getragen. Dann charakterisierte Gradnauer auf drei Gebieten die
Politik systematischer Völkerrechtsverletzungen: in Transvaal, in
Armenien und in China. Er zeigte, wie die lautesten Boerenfreunde
im Reichstage völlig versagten, und er wies unwiderleglich nach, daß
die deutsche Regierung auf Grund des von ihr feierlich unter-
schriebenen Haager Friedensprotokolls nicht nur be-
rechtigt, sondern geradezu verpflichtet sei, bei England in freundschaft-
licher Weise auf Beendigung des furchtbaren Krieges, wenigstens aber
auf Abstellung der notorischen Völkerrechtsverletzungen einzuwirken. Das
sei keine Intervention, keine gefährliche Einmischung, sondern einfach
die Konsequenz des Haager Vertrags. Wenn Deutschland das unter-
lasse, geschehe das nicht wegen der geheimnisvollen diplomatischen
Gefahren, hinter die man sich immer verschanze, sondern einfach
deshalb, weil man nicht wolle. Zum Schluß erörterte
unser Parteigenosse noch einmal in scharf gespitzten Wendungen
den Raub der Pelinger Instrumente, die den
Eigentümern zurückzubringen eine socialdemokratische Resolution
aufforderte. Als Gradnauer von einem „Zeichen der Schande“
sprach, rief ihn der Präsident sehr überreilt zur Ordnung, indem er
es für unzulässig erklärte, eine „That der Regierung“ so zu
nennen. Nachher sah er wohl selbst ein, daß es nicht glücklich ge-
wesen, die Begehung der Instrumente als Regierungsthat zu be-
zeichnen, und er hinderte später ähnliche scharfe Aeußerungen nicht
mehr.

Graf Bälou antwortete ebenso gereizt wie wunderbar. Selbst
seinen Kollegen Poddelski und Hammerstein ist zuzutrauen, daß sie sich
geschädigt aus der Affaire ziehen würden. Allerdings, was sollte der
Mann auch sagen! Selbst er glaubt nicht im Ernst, daß die Prinzinjenfahrt
irgend eine Bedeutung hat, trotzdem mußte er sie feiern. Auch Graf Bälou
ist sich klar darüber, daß Deutschland sehr wohl jene freundschaftlichen
Einwirkungen auf England und die Türkei unternehmen könnte. Aber
Graf Bälou darf es — aus andren Gründen — nicht thun, und
so mußte er die Ausführungen Gradnauers verdrehen, als ob er
eine Politik der Intervention gefordert hätte; dagegen läßt sich dann
leicht polemisieren. Nicht minder ist es dem Grafen Bälou bewußt,
daß in der Chamberlain-Affaire nicht er der Sieger geblieben. Gerade
daraus beantwortete er die Anspielung Gradnauers mit einem finstros
verzerrten Ausfall. Endlich ist nicht daran zu zweifeln, daß Graf Bälou,
trotzdem er bereits einige Jahre in Berlin ministeriert, immer noch nicht
ganz die Empfindung dafür verloren hat, daß es Deutschlands unwürdig
ist, den Chinaraub weiter zu hehlen. Aber er hat nicht die Macht,
die Zurückführung zu erwirken, und so mußte er gegen die
socialdemokratische Resolution sprechen. Dabei entschloß sich ihm aber
ein geradezu ewiges Wort, das in der Weltgeschichte erhalten
bleiben sollte. Der deutsche Reichskanzler erklärte, die Instrumente
könnten nicht zurückgegeben werden, weil das die Gefühle der
Kaiserin-Tante von China verletzen würde.

Das ist die Lösung aller Rätsel, die Enthüllung aller Ge-
heimnisse. Graf Bälou regiert nach den unergänzlichen Gefühlen
der Kaiserin-Tante. Wenn immer in Vergangenheit, Gegenwart
und Zukunft die Bälou'sche Politik unverstänlich und unverstänlich
scheinen möge, — held ruhig; der Kanzler trägt nur den tiefen
Gefühlen — der Kaiserin-Tante Rechnung, von denen das dumme
Volk nichts ahnt.

Im Ganzen lachte man über diese Ausrade des Grafen Bälou
und niemand verstand, warum die Kaiserin-Tante sich durch die
Händerstattung entwenden Bestes gekränkt fühlen sollte. Ihr
kennt die Kaiserin-Tante eben nicht, deren Seelenleben eigene Wege
wandelt! Und es liegt sehr viel Sinn in der Vetenerung des Kanzlers,
daß er nach den Gefühlen der Kaiserin-Tante in China regiere.

Die Bälou'schen Drohreden zerfaserte Ledebour mit un-
barmherzigem Spott. Seine temperamentvolle und eindringliche
Rede klang aus in einer wirksamen Konstatierung der rechten nationalen
Politik der internationalen Socialdemokratie und der im Grunde
ihres Wesens antinationalen Politik der nationalen Parteien.

Am Dienstag geht die Debatte weiter. Wir sehen voraus,
daß die Socialdemokratie wiederum allein gelassen werden wird,
die bürgerlichen Parteien werden sich wie ein Mann um Bälou
scharen wie neulich um Tirpitz. Was ihn's! Draußen im Lande
denkt man anders wie in dem parlamentarischen Warenhaus. Das
Volk hat sich noch nicht daran gewöhnt, seine Meinungen über Recht
und Unrecht einzurichten nach den Gefühlen — der Kaiserin-
Tante von China.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März.

Die Steuerchen der Besitzenden.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag die Geseh-
entwürfe betr. die Heranziehung zu den Kreis-
abgaben, betr. die Provinzialdotationen und
betr. den Erwerb von Bergwerkseigentum in
dritter Lesung an. Den Gesehentwurf betr. den Erwerb von
Bergwerkseigentum bezeichneten verschiedene Redner als einen
Schritt auf dem Wege zum socialistischen Staat,
eine Anschauung, die Minister Müller mit dem Hinweis
darauf bekämpfte, daß es sich hier ja nur um einen im
Verhältnis zu dem gesamten Bergbau sehr kleinen Besitz
handele. Ebenso bestritt der Minister energisch die Be-
hauptung, daß der Staat auf die Bergarbeiter bei den
Wahlen einen Einfluß ausübe, und er sah sich auch nicht
genötigt, seine Bemerkung zurück zu nehmen, als Abg. Kirch
(C.) ihn an die Beeinflussungen bei der Wahl des Herrn Priebe
in den Reichstag erinnerte.

Von hohem Interesse war die Beratung des Etats der
Verwaltung der direkten Steuern, die das Haus hierauf
fortsetzte. Die Debatte enthüllte wieder einmal das innerste
Wesen der herrschenden Klassen, die zwar möglichst viele
Rechte für sich in Anspruch nehmen, aber der unangenehmen
Pflicht, Steuern zu zahlen, sich nach Kräften zu ent-
ziehen suchen. Die Niquel'sche Steuerreform, die — man
mag sonst über Herrn v. Niquel denken, wie man will —
doch sicher das eine Gute hat, daß sie, was die Einkommen-
steuer betrifft, die höheren Einkommen stärker als vordem be-
lastet, erregt bei den besitzenden Massen immer noch große
Unzufriedenheit. Fast jeder hat etwas daran auszufehen.
Abg. Schmitz (C.) klagte über die Besteuerung der länd-
lichen Kleinbesitzer und verlangte eine Schonung
des verschuldeten Grundbesitzes in Stadt und Land. Sehr
warm nahm sich der Centrumsredner der armen Haus-
agrarier an, auf die eine Menge Lasten abgewälzt
würden. Wie unberechtigt diese Klagen sind, geht
daraus hervor, daß Herr v. Niquel die Besteuerung des
Grund und Bodens bekanntlich den Gemeinden überlassen
hat, in deren Vertretungen die Hausbesitzer das große Wort
führen. Daß diese Herren eine übermäßige Besteuerung des
Grund und Bodens nicht zulassen, bedarf keines weiteren
Beweises.

Der Finanzminister Zehr. v. Rheinbaben trat denn
auch den hausagratischen Anschauungen des Herrn Schmitz
entgegen; er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß
die Gemeinden immer mehr geneigt sind, ihre höheren Aus-
gaben durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu decken und
bezeichnete es als angebracht, die Grund- und Gebäudesteuer
weiter auszubauen, da die Grundbesitzer von den kommunalen
Einrichtungen besonderen Vorteil haben.

Eine zweideutige Rede, die auf der einen Seite von
Arbeiterfreundlichkeit förmlich überfloß, auf der andern Seite
zollwucherischen Tendenzen huldigte, leistete sich Abgeordneter
Zehr. v. Zedlitz (N.). Er unterzuchte die Frage, welche
Wirkung die Erhöhung der Getreidezölle auf die Steuer-
ergebnisse haben würde, und kam zu dem Schluß, daß stat-
tlich die höheren Getreidezölle die Massen mehr belasten
würden. Als Ausgleich hierfür forderte er eine stärkere
Besteuerung der hohen Einkommen und Steuererleichterungen in
dem Sinne, daß die Kinderzahl mehr als bisher berücksichtigt
werden soll.

Die Zedlitz'sche Rede lockte den Abg. v. Gynern (natl.),
den wütendsten Vorkämpfer für das Privateigentum, auf den
Plan. — Er sieht in einer progressiven Einkommensteuer einen
Schritt zum socialistischen Zukunftsstaat und fürchtet, daß dann
eine Konfiskation des gesamten Eigentums nicht mehr lange
ausbleiben wird. Leidenschaftlich legte er sich für indirekte
Gemeindesteuern, insbesondere eine Biersteuer, ins Zeug, um
dann schließlich sein besonderes Stedenpferd, die Belastigungen
bei den Steuerveranlagungen, die angeblich ungerechte Be-
steuerung der Aktiengesellschaften und die nach seiner Meinung
ebenso ungerechte Besteuerung des Agriogewinnes bei Neu-
Entsiffungen von Aktien, zu reiten.

Minister v. Rheinbaben ergriff nochmals das Wort,
insbesondere um für den Zolltarif zu agitieren. Nach seiner
Ansicht handelt es sich bei den Zollserhöhungen nicht um
eine Mehrbelastung des Volkes, sondern höchstens um den
Ausschluß eines Vorteils, den das Volk bisher gehabt hat.
Als ob das nicht auf das selbe hinausläme! Mit dem Ge-
danken der indirekten Kommunalsteuern ist er durchaus ein-
verstanden; namentlich hat er gegen die Mahl- und
Schlachtfleuer nichts einzuwenden, da hierdurch das Brot
und Fleisch nicht verteuert werde. Den Versuch einer kom-
munalen Biersteuer allerdings hält er im Hinblick auf die süd-
deutschen Staaten für absolut aussichtslos. Zum Schluß
richtete er an die Mitglieder des Hauses, die zugleich Reichstags-
abgeordnete sind, die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß der
Besatz der Zolltarif-Kommission, betreffend die
Beseitigung aller kommunalen Abgaben auf
Lebensmittel, wieder aufgehoben werde.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde der Etat
bewilligt.
Dienstag: Etat des Ministeriums des Innern und
Kultusetat.

Die Konvention der Zuckerkonferenz.

„Etoile Belge“ veröffentlicht den Text der Zuckerkonvention,
welche am Montag der Schlusskonferenz vorgelegt und, wie das
Blatt meint, wahrscheinlich ohne Abänderung von derselben an-
genommen werden wird. Die Hauptpunkte der Konvention sind
folgende: Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich,
vom Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Abkommens die
direkten und indirekten Zölle auf Zucker abzusuchen, und,
solange das Abkommen in Kraft bleibt, keine Prämien solcher Art einzuführen. Der zweite Artikel regelt die Kontrolle der Fabriken und
Raffinerien durch Staatsbeamte. Im Artikel 3 verpflichten sich die
vertragschließenden Staaten, den Ueberschlag, d. h. den Unterschied
zwischen Steuerbelastung des ausländischen und des inländischen Zuckers,
auf die Höchstziffer von 8 Fr. für je 100 Kilogramm rassi-
nierten und ihn gleichzustellenden Zuckers und 6 1/2 Fr. für
andren Zucker zu beschränken. Durch Artikel 4 verpflichten
sich die vertragschließenden Teile, die Zuckereinfuhr aus
solchen Ländern mit einem besondern Zoll zu belegen,
welche Fabrikations- oder Ausfuhrprämien ge-
währen. Dieser Zoll darf nicht geringer sein, als die von dem
Ursprungslande des Zuckers gezahlten direkten oder indirekten
Prämien. Die Parteien behalten sich die Verfügung vor, die Ein-

fuhr von Prämienzucker zu verbieten. Sie verpflichten sich gegen-
seitig, zu dem geringsten Zollsaße ihres Einfuhr-
tariffs den Zucker aus den Vertragsländern oder
den Kolonien, welche keine Prämien gewähren, zu-
zulassen. Rohzucker und Rübenzucker dürfen nicht mit ver-
schiedenen Zöllen belegt werden.

Die „Agence Havas-Neuter“ erfährt von kompetenter Seite, daß
dieser von einer Zeitung veröffentlichte Text der Konvention nicht
vollständig sei. Es sei wahrscheinlich, daß noch Änderungen an
nebensächlicher Art vorgenommen würden.

Weitere Denkwürdigkeiten von der Prinzenreise.

Die Speciallabel-Schmucks beweisen fortwährend eine wunder-
bare Intelligenz bei der Auswahl der telegraphisch an Scherl und
Wolfe übermittelten Prinzen-Ausdrücke. Beim Besuch des Schloß-
feldes von Chattanooga, auf dem die Gebeine von 11.000 Gefallenen
eingeschart sind, rief der Prinz aus:

„Das Tenebris ist herrlich; ganz Europa weiß nichts
Schöneres auf! Ich sah nie solches Schlachtfeld!“
Ob den Gefallenen deshalb das Sterben leichter geworden ist?
Eine andre Redung lautet:

„In Dennison wurde ein Knabe gegen die Plattform
gedrückt; er verletzte sich hierbei an den Eisenteilen am
Finger. Prinz Heinrich sprach die Hoffnung aus, daß der
Knabe nicht ernstlich verletzt sei.“

Ein gewöhnlicher Sterblicher würde sich beleidigt fühlen, wenn
man eine solch selbstverständliche Regung des Mitleids zum At
besonderer Humanität aufbauen wollte.

Einen dritten Prinzenstoß bringt einer der Schmucks in folgender
selbstgefälligen Einleitung:

„Wichtige Hurras kennt der Amerikaner als Begrüßungs-
ruf nicht, überall, wo nicht das deutsche Element überwiegt, drückt er
seine Freude in ohrenbetäubendem Kreischen aus... Einem
andern als unserem Prinzen würde dieser permanente Teufel vielleicht
schon zu viel geworden sein, er aber mit seiner eisernen Konstitution und
seinem liebenswürdigen Gemüt erträgt alle Reife- und Feststrapagen
spielend. Noch heute fragte er lachend Ihren Korrespon-
denten in solch einem lebhaften Moment der Begrüßung:
„Run, leben Sie noch?“

Welche Konstitution muß da der durch diese Prinzeninsprache
ausgezeichnete Korrespondent selbst erst besitzen. Wäre er doch nicht
nur die nämlichen Strapagen ertragen, sondern auch noch jede er-
hörte und erschniffelte Staatsaktion nach Europa labeln! —

**Zur Auffassung des dritten Bandes von Widmarcks
Memoiren.** Die J. G. Cottasche Buchhandlung Rochford in
Stuttgart veröffentlicht folgende Erklärung: Die von verschiedenen
Zeitungen gebrachte Notiz, daß wir beziehungsweise die mit uns
verbündete Verlagsgesellschaft „Union“ und das Manuskript zu
einem dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ des
Fürsten Widmarck hätten ablaufen lassen, erklären wir hier-
durch als eine Erfindung. Auf weitere in jener Notiz ent-
haltene unrichtige Mitteilungen eingugehen müssen wir verzichten.

Ob die Form der Erklärung, daß man sich das Manuskript nicht
habe ablaufen lassen, abfichtlich gewählt ist und als indirekte Ver-
stärkung angesehen werden darf, daß Versuche des Kaufs ge-
macht worden sind? —

Die Sklaverei in unsren Kolonien.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Verordnungen „betr.
die Hauskaverei“ in Kamerun und Logo, die zwar in
ihrer Tendenz angeblich das unchristliche, kulturwidrige Institut der
Sklaverei allmählich aufheben sollen, die aber in Wirklichkeit dies
Institut für die nächsten Jahrzehnte nur legalisieren. Denn
nach diesen Verordnungen werden zwar die nach der Ver-
kündigung derselben geborenen Kinder der Hauskaverei für frei
erklärt, allein alle vor diesem Termin Geborenen dürfen bis an ihr
Ende als Sklaven behandelt werden. Andererseits wird wenigstens
der Verkauf, Tausch und jede derartige Veräußerung der Hauskaverei
verboten, ebenso die Schuldknechtschaft. Die Verordnung enthält
ferner folgenden Schutzparagrafen für die Sklaven:

„Das Herrenrecht wird verwirkt, wenn der Herr seine
Pflichten gegen den Hauskaverei schwer verletzt.
Die zuständige Verwaltungsbehörde hat Fälle von Pflicht-
verletzungen dieser Art, welche zu ihrer Kenntnis gelangen, von
Amts wegen zu untersuchen und ist gegebenenfalls be-
fugt, die Freilassung des betreffenden Sklaven
durch Ausstellung eines Freibriefs herbeizu-
führen, ohne daß dem bisherigen Herrn ein Anspruch auf
Entschädigung zusteht.“

Dieser Paragraf wird höchstwahrscheinlich nur eine pa-
pieren Existenz stiften, enthält er doch nicht einmal die
dringend erforderliche Definition des Begriffs der „schweren Ver-
letzung der Pflichten“.

Wie wenig unsre Kolonialreise daran denken, der Sklaverei in
Afrika ernstlich ein Ende zu bereiten, geht auch schon daraus
hervor, daß von denselben vielfach der Vorschlag gemacht wird,
den Arbeitszwang der Eingeborenen für die Europäer
einzuführen. Nicht nur der berüchtigte Karl Peters war ein
leidenschaftlicher Befürworter der Idee der Verstaatlichung der
Arbeitskraft der Eingeborenen, sondern ähnliche Grundzüge werden
auch von dem „Staatsminister“ Hauptmann Weller in der
„Kolonial-Zeitschrift“ und dem Kameruner Major
v. Morgen vertreten, die für die Einführung der „Arbeitspflicht“
eine zielbewußte Propaganda entfalten, der sie gleich Dr. Hans
Wagner, ebenfalls einem Vorkämpfer eines derartigen Sklaverei-
Systems, durch den Hinweis auf die andernfalls unvermeid-
liche Kolonialpleite nachdrücklich zu verleihen suchen —

Der hochverräterische Gymnasialklub. Dem „Pöfener
Tageblatt“ wird aus Wien vom Sonntag gemeldet: Vorgenommene
Hausdurchsuchungen ergaben, daß hier eine geheime politische Gymnasialklub-
verbindung besteht. Die Aktenurkunden wurden deshalb verlegt,
vier Oberprimaner wurden von der Prüfung
zurückgewiesen. Viele Bücher, Zeitschriften etc. wurden be-
schlagnahmt.

Wahrscheinlich handelt es sich wieder um ein hartnackiges Bitterkur-
kränken der Gymnasialisten. Und da plärrt unser katolischer
Zanbengel noch prophetisch: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ —

Kommunalwahlen in Karlsruhe. Aus Baden wird uns
geschrieben: In den nahe bevorstehenden Stadtverordneten-
wahlen in Karlsruhe haben die bürgerlichen Parteien, mit
ausnahmsloser Ausnahme der Demokraten, ein Wahlkompromiß
geschlossen, dessen Zweck die völlige Verdrängung der Sozialdemokratie
aus den bürgerlichen Kollegien der Stadt ist. Die konservativ-
nationalliberal-freiwirtschaftliche Vereinigung will die 23 diesmal
vergebenden Sitze nach der zahlenmäßigen Stärke der
einzelnen Parteien unter sich verteilen. Das Hauptkamp-
feld wird die dritte Wählerklasse sein, die mit 9112
Wählern bei halber Vertreterzahl doppelt so viel Stim-
berechtigte zählt wie die beiden ersten Klassen zusammen. Bei der
letzten Wahl erhielt der sozialistische Vorschlag in der dritten Klasse
2024, das Centrum 822, die vereinigten Nationalliberalen, Frei-
wirtschaflichen und Konservativen 2370 Stimmen. Auf diese Klasse wollen
die vereinigten Wählerlichen nun ihre Hauptkraft verlegen, um die
diesmal zur Wahl stehenden Mandate der Sozialdemokratie dieser
abzunehmen und bei der nächsten Wahl das „Säuberungswerk“ dann
zu vollenden. Von dem „Liberalismus“ der Regierungspartei ist
man ein derartiges Vorgehen längst gewöhnt; daß aber auch das
Centrum seine Hand dazu bietet, die numerisch stärkste Partei
der Residenz aus der Bürgervertretung zu verdrängen, das ist
außerordentlich bezeichnend für die „Arbeiterfreundlichkeit“ dieser
Herren. —

Frankreich.

Eine Versammlung Arbeitloser in der Arbeitsbörse ordnete
nach einem Bericht der „Voll. Ztg.“ zu einem anarchischen Auf-
sturzversuch aus. Die über tausend Köpfe starke Versammlung
wählte sich nach Schluß derselben aus dem Arbeitsbörse-Saal auf
die Straße und lieferte die dort aufgestellten starken Abteilungen
von Schülern einen halbständigen Kampf, wobei aus Revolvern
geschossen und mit Messern gestochen wurde; 88 Schülern wurden
verwundet. Unter den Verhafteten sind 6 oder 7 Russen, Armenier,
Italiener und Spanier, einer, ein gewisser Vic, aus Barcelona
angekommen sein. Eine Anarchistengruppe drang nachmittags
in den Trocadero-Saal ein, wo unter Anatole Frances Vorsitz eine Victor
Gugo-Feller stattfand, und suchte auch dort die Ruhe zu stören. Die
Polizei stellte rasch die Ordnung her.

Ein anderer bürgerlicher Bericht bestreitet, daß von den
Demonstranten bei dem Zusammenstoß gefährliche Werkzeuge ge-
braucht worden seien, es sei lediglich mit Stöcken geschlagen
worden, auch sei kein einziger Polizist schwer verletzt worden.
Die Polizei und ihre Pressefreunde scheinen eben wieder einmal
das Gespenst des internationalen Anarchismus erscheinen lassen zu
wollen. —

Eine wunderliche Erklärung wird Jaurès von bürger-
lichen Korrespondenten in den Mund gelegt. Danach soll Jaurès
in einem Aufzuge zu dem in Tours tagenden Sozialistenkongress
ausgeführt haben, der Regierungsvorversuch Millerands
und der sozialistischen Partei habe lange genug
gedauert. Nach den Neuwahlen müsse Millerand, auch nach
noch so glänzendem Siege, zurücktreten und der
Sozialismus seine Unabhängigkeit zurückerlangen.
So bösartig kann Jaurès sich unmöglich selbst ad absurdum
geführt haben. —

Belgien.

Anarchistischer Widdin. Die belgischen Anarchisten haben in
ihrem Kampfe gegen das allgemeine einfache Wahlrecht Unterstützung
gefunden bei den — Anarchisten. Diese haben in Lüttich — wo sie
noch am stärksten vertreten sind und noch teilweise ihr Wesen in den
sozialistischen Vereinen treiben — ein Flugblatt herausgegeben unter
dem Titel „Der Anarchist“. Dieser „Verbrecher“, das ist das Volk,
welches über den Wahlen keine Bedrückung vermag. Als Mittel,
das Volk von den Bedrückern zu befreien, wird natürlich der
„revolutionäre Generalstreik“ empfohlen. Die Herren Anarchisten
haben also an den Lehren von Barcelona noch nicht genug. —

Italien.

Die politische Lage hat sich seit 48 Stunden insofern geändert,
als sich mit Zulage der Opposition Biancheri bereit erklärt hat,
den Vorsitz in der Kammer anzunehmen. Die Kammer wird ihre
Sitzungen am 10. März wieder aufnehmen. —

Der Boeren-Krieg.

Die Verluste bei Merksdorp und Garrysmith.

Ritcheur berichtet aus Volksrust: Die Verluste der Boeren
bei dem Durchbruchversuche am 27. Februar betragen 50 Tote,
10 Verwundete und 750 Gefangene; außerdem wurden bei
dem Durchbruchversuche am 24. Februar über 100 Boeren
gefangen genommen. Unter den Verlusten der Reiseländer
waren bei letzterer Gelegenheit auf englischer Seite zu verzeichnen
ein Offizier verwundet und vier Mann getötet.

Die Gesamtverluste der Engländer bei Merksdorp betragen,
wie jetzt offiziell mitgeteilt wird: 5 Offiziere, 45 Mann
Tote; 6 Offiziere, 120 Mann Verwundete; ein Oberst,
zehn Offiziere und 445 Mann Gefangene.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. Frese (fr. Bg.) befragt die Errichtung von Handels-
kammern im Auslande.

Abg. Ledebour (Soe.):

Der Reichskanzler hat die Rede des Abg. Gradnauer falsch auf-
gefaßt. Uns liegt nichts fern, als das freundschaftliche Verhältnis
zu Amerika zu fördern. Wir thun alles Mögliche, um
Maßnahmen der Regierung, die das freundschaft-
liche Einvernehmen fördern könnten, entgegenzutreten.
Mein Freund Gradnauer ist nur der sinnlosen Ueberhöhung
rein ceremonieller Veranstaltungen entgegengetreten. Wir sind
aber nicht der Meinung, daß Prinzenreisen wesentliche Veränderungen
in den Beziehungen großer Völker hervorbringen können. Uns gilt
die Reise als nichts anderes als die Reise eines Ceremonien-
meisters. (Sehr gut! links.) Zur Person des Prinzen
Heinrich haben wir zudem kein besonderes Vertrauen. Er war
auch in China, wurde dort auch sehr glänzend empfangen,
bald darauf hatten wir aber die chinesischen Wären.
Zu den gegen Amerika gerichteten deutschen Maßnahmen
rechnen wir den Zolltarif. (Wohl rechts.) Jawohl, dieser Zolltarif
muß wirtschaftliche Bestimmungen in Amerika hervorbringen. Diese
haben größeren Einfluß als Prinzenreisen und alle Feste, mögen
sich daran noch so viele Millionen und Milliarden von New York
beteiligen. Der Reichskanzler hat dann die Affäre der chinesischen
Instrumente so dargestellt, als würden wir der Regierung einen
schlechten Dienst erweisen, wenn wir die Schenkung zurückweisen. Gewiß,
hat die chinesische Regierung zugestimmt. Aber diese Zustimmung
ist doch erst nach der Fortnahme der Instrumente und
ihrer Wegschaffung erfolgt. (Sehr richtig! links.) Wir fordern die
Rückgabe der Instrumente nicht, um dem Nationalstolz der Chinesen
zu schmeicheln, sondern im Interesse der eigenen Ehre Deutschlands.
Denn es fällt für uns der Vorwurf des Chinesentums. Wir wären eben die
deutsche Ehre, als der Reichskanzler und seine Regierung. (Wachen
rechts.) Sie lachen, aber die internationale Sozialdemokratie ist
höchstlich national, als diejenigen, die das Wort Patriotismus
stets in den Mund führen, aber nur als Deckmantel für die Vertretung
einer großen Interessengruppe. Der Reichskanzler hat das
große Wort ausgesprochen, die Kaiserin-Witwe in China würde
sich durch die Rückgabe der Instrumente verletzt fühlen.
Das ist der Standpunkt eines chinesischen Ceremonien-
meisters, nicht eines deutschen Staatsmannes. (Sehr gut!
links.) Da auch ich glaube, daß die Kaiserin-Witwe eine sehr
intelligente Dame ist, schäme ich sie höher ein, als einen ihrer
Ceremonienmeister, und glaube an ein solches Verleihen nicht.
Im Volke herrscht Unruhe und Erbitterung über die Fortnahme der
Instrumente, deshalb wollen wir ihre Rückgabe. (Wachen rechts.)
Nimmer noch nicht hergestellt ist, wer der Urheber dieser
altruistischen Fortnahme war. Es scheint hier der Satz maßgebend zu sein,
le recherches de la paternité est interdite
(die Nachforschung nach der Vaterschaft ist verboten). Wenn wir
nun auch den Bewerkssteller der Fortnahme nicht kennen, so
kennen wir dafür doch den Empfänger des Denkmals, das der
Präsident ein Denkmal der Ehre nicht genannt
wissen will. (Große Heiterkeit.) Auch darauf ist
man uns die Antwort schuldig geblieben, warum
die Instrumente gerade im Part von Sansonci
aufgestellt worden sind. Hat man damit einer be-
stimmten Persönlichkeit einen Gefallen thun wollen?
Wenn heute Bürger im Parl von Sansonci herumgeführt werden,
dann werden ihnen die Schandwürdigkeiten gezeigt, dann wird ihnen
auch die Mühle von Sansonci als ein Zeichen der Gerechtig-
keitsliebe preussischer Könige vorgeführt. Wenn Besucher des Parks in
Sansonci die der Väter Instrumente geführt werden,
dann wird man sie ihnen nicht als ein Wahrzeichen der Gerechtigkeits-
liebe preussischer Könige vortragen können, aber diese Instrumente
wird man vielmehr schweigend im Interesse der Ehre
Deutschlands oder der in Deutschland maßgebenden
Persönlichkeiten. (Sehr gut! links.) Ich hoffe, Sie werden
unsre Resolution einstimmig annehmen, vielleicht mit Ausnahme der

Herren, die vorher gelacht haben und die damit bewiesen haben, daß
sie kein Gefühl für die Thatfache haben, daß man in Sans-
sonci ein Denkmal aufgestellt hat, das der deutsche
Politik zur Unehre gereicht. (Bravo! links.) Der
Reichskanzler hat Gradnauer vorgeworfen, er treibe eine Welt-
politik à outrance. Hat dem Gradnauer irgend welche kriegeri-
sche Einmischung verlangt? Als gesagt wurde, es dürfe kein
Schuß in der Welt fallen, ohne daß der deutsche Kaiser
mitrede, das war eine Politik des Haß Dampf in allen
Gassen. Gradnauer hat nur eine freundschaftliche Einwirkung auf
die englische Regierung verlangt. Das ist nach der Haager Konferenz
Deutschlands gutes Recht. Man unterschätzt die Impon-
derabilität in der Politik. Eine Mediation hätte erfolgen können,
ohne die englische Regierung irgendwie zu verletzen. Der Reichs-
kanzler hat eine sehr unglückliche Hand. Das hat er mit seiner Rede
gegen Chamberlain bewiesen. Wäre er damals nicht so un-
geschickt gewesen, so hätte er jetzt freiere Hand, weillich
kulturelle Forderungen bei England zu vertreten. Noch ist
es nicht zu spät. In Belgien hat man die Frage
auch verhandelt. Man hat in Belgien nicht interveniert,
aber ausdrücklich das Bedauern ausgesprochen, daß man
nichts thun könne, weil sich die übrigen Großmächte so
still verhalten. Was man in Belgien gethan hat, das, meine ich,
hätte man in Deutschland viel eher thun müssen.

Ich habe bereits früher darauf hingewiesen, daß es dringend
gefordert werden muß, daß die Frauen und Kinder aus den Kon-
zentrationslagern entfernt werden. Leider haben die ange-
lich so boerenfreundlichen bürgerlichen Parteien diese Anregung nicht
aufgegriffen, wohl aber meine Parteigenossen im belgischen Parlament.
Mittlerweile haben sich die Verhältnisse sehr zu Gunsten einer solchen
Intervention verändert. Die Ernährung der Frauen und Kinder in den
Konzentrationslagern ist nach den englischen Beobachtern sehr
schlecht. Die Sterblichkeitsziffer der Frauen und Kinder ist daher
außerordentlich groß. Lord Ritcheur hat nun vor kurzem auf eine
Beschwerde des Boerenkommandanten Potka sich bereit erklärt, die
Frauen und Kinder aus den Konzentrationslagern zu entlassen
und sie ihm dort zu übergeben, wo er sie in Empfang zu nehmen
wünscht. Er würde sich glücklich schätzen, der Sorge für die
Frauen und Kinder entbunden zu sein. Man könnte das
ja für einen hohen Lohn halten, ich meine aber, daß wir die Sache
sehr ernst nehmen und alles dazu thun sollten, um die englische
Regierung ihrem Wunsche entsprechend glücklich zu machen.
Meine politischen Freunde in allen Ländern, auch in England, sind einig
in der Verurteilung dieses Krieges, und wir sind einig, weil es sich hier um
einen kapitalistischen Raubzug handelt, wir verurteilen den Chau-
vinismus der Engländer, wie wir den Chauvinismus unsrer W-
deutschen auf das schärfste bekämpfen. Ihre Hammerpolitik kann uns
ebenso leicht, wie jetzt die Engländer, dazu führen, ein fremdes
Volk zu entnationalisieren. Wir wollen, daß Deutschland vorangeht
allen Völkern der Welt in dem Grundgedanken der Nationalitäten-
toleranz. Von einer solchen Toleranzpolitik würde gerade Deutsch-
land den größten Vorteil haben, denn es sind mindestens
10 Millionen Deutsche, die in fremden Ländern in engen
Kolonisationszentren zusammengepackt sind. Die 10 Millionen Deutsche
würden vor nationaler Verfolgung geschützt, wenn der Grundgedanke der
Nationalitätentoleranz allgemeine Geltung hätte. Wir internationalen
Sozialdemokraten halten es für unsre höchste Pflicht, das Recht eines jeden
Volkes auf seine Nationalität zu betonen. Darin aber, daß wir überall
dieselbe internationale und dieselbe nationale Politik treiben,
liegt unsre Siegesgewißheit über alle alldutschen und hata-
tistischen Anführer. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Verlesungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Hasse (natl.), die Bemerkung des Herrn Gradnauer,
ich sei ein Engländerhasser, war durchaus unbedeutend, gerade auf
Grund meiner jüngsten Rede sind eine Reihe Zustimmungsfreie
aus England an mich gelangt. Der Vorwurf des Herrn Ledebour,
ich trete nur für die Boeren ein, wenn es mir keine Angelegenheiten
berührt, beweist nur, daß er vollkommen ununterrichtet ist über das,
was von unsrer Seite für die Boeren geschehen ist. — Wenn mir
Herr Gradnauer Mangel an Boerenfreundlichkeit und Mangel an
Chauvinismus (Große Heiterkeit) vorwarf, so berufe ich mich darauf,
was der Herr Reichskanzler darüber gesagt hat.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Nachtrags-Etat für die
Veteranen, Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Aus-
wärtigen Amts.) Schluß 6 Uhr.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Badens.

Offenburg, 2. März.

Die diesjährige Landesversammlung der sozialdemokratischen
Partei Badens, die gestern und heute hier stattfand, war von ins-
gesamt 56 Delegierten aus 42 Orten mit Partei-Organisationen be-
schickt. Vom deutschen Parteivorstand war Genosse Vebel anwesend.
Mit der Zeitung derselben ward Genosse Lehmann-Mann-
heim betraut. Ueber den Bericht des Landesvorstandes über seine
Tätigkeit im verfloffenen Geschäftsjahr ist an dieser Stelle schon vor
einiger Zeit berichtet worden.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers unsres
Karlsruher Partei-Organs „Vollstreund“, Genossen Eugen
Wed., ist der finanzielle Stand desselben ein durchaus erfreulicher.
Während in früheren Jahren stets nicht unerhebliche Zuschüsse er-
forderlich waren, ist im verfloffenen Jahre zum erstenmal ein kleiner
Ueberschuß zu verzeichnen gewesen, der die Aussicht eröffnet, daß in
absehbarer Zeit eine gründliche Sanierung der allgemeinen finanziellen
Lage des „Vollstreund“ erfolgt.

In der ausgedehnten Debatte über die im vorigen Jahr neu
eingeführte Einteilung des Landes in vier Agitationsbezirke stellte
sich die Ungelegenheit dieser Organisationsform heraus; es wurde
deshalb beschlossen, dieselbe wieder aufzuheben. Es wurde statt
dessen wieder auf die alte Einteilung nach Reichstags-Wahlkreisen
zurückgegriffen. Hinsichtlich der Agitation beauftragte die Landes-
versammlung den Landesvorstand, ein Aktionsprogramm für die
Agitation auf dem Lande auszuarbeiten und der nächsten
Landesversammlung vorzulegen.

Landtagsabg. Dreesbach erstattete hierauf den Bericht
der Landtagsfraktion. Derselbe hat in der kurzen Zeit seit
Eröffnung der Session drei Interpellationen eingebracht, über die
Einteilung der Regierung zu Reich und Arbeitslosig-
keit, die Haltung der Bundesratsbevollmächtigten in der Volksfrage
und die sog. Verprechtung der Rain-Karabahn, von denen
die beiden ersten bereits zur Verhandlung kamen. Diese gaben
Anlaß zu ausgedehnten Debatten. Die Regierung suchte den Um-
fang der Arbeitslosigkeit möglichst niedrig darzustellen. Der Minister
des Innern gab zwar zu, daß etwa 15.000 Arbeitslose im Lande
vorhanden seien, diese Zahl verminderte sich aber auf dem Wege
nach Berlin, bis sie von Kosakowsky im Reichstag vorgelesen
wurde, auf 5000. Zu Anträgen hat die Fraktion bisher
vor allem einen solchen zur Einführung des direkten Wahl-
rechts auf Grund des Proportionalitätensystems eingebracht, der aber
voranschließlich, wie früher, in den Papierkorb wandern wird; ferner
ein Antrag auf Verringerung der Volksschullehrer, die bisher
eine Mittelstellung zwischen städtischen und Staatsbeamten angenommen
haben. Dann beantragte die Fraktion auch die Bildung einer
Arbeitskommission im Anschluß an die beabsichtigte Einführung einer
Landwirtschaftskammer. Der Kampf gegen die Mißstände der Volks-
schule wurde fortgesetzt. Vor allem sollte die rückschrittliche Halbtag-
schule abgeschafft werden; ebenso fordern wir die Einheitschule. In
kommunaler Hinsicht erstreben wir eine Stärkung der Befugnisse der
Bürgergenossenschaften gegenüber den Stadträten, und die Fraktion wird die
Regierung zur Vorlegung eines dahingehenden Antrages auffordern.
Die Interpellation der Fraktion über das Zolltarifgesetz zog
sich in Verbindung mit der allgemeinen Finanzdebatte über volle
neun Tage hin. Ein direkter Erfolg war dabei natürlich nicht zu
erwarten, es gelang uns aber, vor dem ganzen Lande die volks-
verderblichen Wirkungen der Zollvorlage darzulegen. Interessant war
dabei, daß ein Redner der Demokraten, Prof. Heimburg, sich auf die
Seite der Agrarier stellte.

Der stattgehabte Ministerwechsel bedeuete vor allem den Ver-
such einer Ausöhnung mit dem Centrum, dessen bisher intransigenter
Führer Bader bereits durch die Reichstags- und Reichs- und Reichs-
gelöst worden sei. Es sei zu erwarten, daß bei den nächsten Wahlen
die bisherige Kluft zwischen Nationalliberalen und Centrum nahezu
überbrückt werde und die Wahlaufrichtigkeit der Socialdemokratie dadurch
erheblich verschlechtert würden. Jetzt schon zeige sich diese Strömung
bei den Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe, es werde dies noch
mehr dort bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen der
Fall sein. Die würden dadurch vielleicht einen vorübergehenden
Mißfall in der Zahl unserer Vertreter erleiden, in der Folge werde
sich aber zeigen, daß die Klärung der Situation und die Verschärfung
des Kampfes nur zu gute kommen können.

In der Generaldebatte über das Kultusbudget habe die
Fraktion eine Erklärung abgegeben lassen, die die Ablehnung desselben
begünstige, dagegen habe sie es für überflüssig gehalten, bei jeder
einzelnen Position Vorträge auf Ablehnung zu stellen. Hinsichtlich
der Stellung zum Gesamtbudget müsse es sich die Fraktion vor-
behalten, nach Erledigung der gesamten Positionen sich darüber
schlüssig zu werden, was sie zu thun habe. Auf alle Fälle werde
die Fraktion auf dem Boden des socialistischen Programms stehen
und insbesondere auch die Verschärfung der Parteitage respektieren.

Genosse **Webel** schildert zuerst die gefällige Kampfmethode des
Karlsruher Oberbürgermeisters **Schneijer** gegen die Socialdemo-
kratie und besonders gegen den „Volksfreund“-Redacteur **Kolb**, um
zu zeigen, daß die Socialisten im Karlsruher Bürgerkrieg die
Gehaltserschöpfung **Schneijers** nicht hätten befürwortet und dafür
stimmen dürfen. Die in Süddeutschland in derartigen Dingen heute
noch herrschende Gemüthslosigkeit werde verschwinden mit der Zuspitzung
der Massenagitation und der Verschärfung des Kampfes.
Dreesbach habe das bereits angedeutet und in durchaus
treffender Weise ausgeführt. Die socialistische Reichstagsfraktion hat
es bisher abgelehnt, durch eine Wahl ins Präsidium zu gehen
zu gehen, **Fendrich** dagegen habe dies in Aussicht ge-
stellt, falls an die parteigenössliche Landtagsfraktion die Ge-
legenheit zu einer Vertretung im Präsidium der Kammer
beraunte. Die Anzeigen **Kolbs** auf dem letzten badischen
Parteitage über das Frauenstimmrecht und die Altersgrenze
für das politische Wahlrecht der Männer seien eine schwere Ver-
letzung unserer Programmforderungen und müßten um so schwerer
ins Gewicht fallen, als diese Worte von einem als leitenden Redac-
teur des führenden badischen Partei-Organs tätigen Genossen
kamen. Die neueste ablehnende Stellungnahme unserer belgischen
Genossen zur Frage des Frauenstimmrechtes sei bedauerlich, wenn
sie auch aus praktischen Gründen erfolgt sei. Neuerdings sei **Kolb**
sogar in den Verband der Bodenreformer eingetreten, ein Schritt,
der unter keinen Umständen gebilligt werden könne und sobald als
möglich rückgängig gemacht werden müsse. Des Reducers Aus-
führungen in Lübeck über die Vorbeverhältnisse in Baden
hätten der Stellung unserer Karlsruher Parteigenossen im Landtags-
wahlkampf nicht nur nichts geschadet, sondern nur genützt.
Die neueste Entwicklung der Parteikonstellation in Baden
werde zeigen, daß — wie **Dreesbach** richtig angeführt — mit
der klaren Scheidung der bürgerlichen von der socialistischen Partei
die Situation unserer Genossen im Kampfe sich nur verbessern und
die Massen zu begeisterter Mitarbeit veranlassen würden. **Fendrich**'s
Stellungnahme gegen die Hervorhebung des Endzieles und seine
Vetorene des Hauptwertes der praktischen Kleinarbeit müsse der
großen Masse der Proletariat die Vegetierung rauben, aufstiehe auch
noch diejenigen für und zu gewinnen, die heute und noch fremd oder
gar feindlich gegenübersehen. Die große Stimmzahl der Social-
demokraten bei den Reichstagswahlen trotz aller Schmähungen der
Gegner beweise, daß in den großen, selbst noch in den indifferenten
Massen ein instinktives Gefühl für die Wahrheit und Ver-
rechtigung unserer Forderungen vorhanden sei. Was uns unsere
Macht giebt, das ist der große sociale Gedanke, die Idee,
daß wir eine gerechte, große, ideale Sache vertreten. Wenn An-
schauungen, wie die **Kolbs** und **Fendrichs**, maßgebend würden,
so brauche man sich über die mannigfachen Mißerfolge der Partei in
Baden nicht verwundern. Hebrigen glauben ja — wie die Anzei-
gungen des neuen Ministers **Schneijer** zeigen — unsere Gegner
selbst nicht an unseren Opportunismus, hätten vielmehr eine Heiden-
angst vor uns, weil sie wüßten, daß dem Socialismus eine un-
geheurer werdende Kraft innenwohne. Auch der Standpunkt, daß wir
der Staatslokomotive das nötige Material zuführen müßten, sei
irrtümlich. Der Staat ist vor allem ein Klassenstaat, dessen Aufgabe
es vor allem ist, alle der bürgerlichen Ordnung drohenden Gefahren
abzuwehren. Wir haben kein Interesse daran, für dieses Material
der bürgerlichen Staatslokomotive zu sorgen. Wenn wir erst ein-
mal die Mehrheit in den Parlamenten besitzen, so verlangen wir,
daß die Leiter des Staates abtreten und uns Platz machen.

Die Motivierung **Dreesbachs** der Haltung der Fraktion in
der Frage des Kultusbudgets könne er nicht gelten lassen. In der
Wahl-Abstimmungsfrage wünsche er nicht, daß ein
Beschluß gefaßt werde. Die Partei habe in dieser Richtung ge-
sprochen und er hege die Hoffnung, daß diese Abstimmung im Sinne
der socialistischen Auffassung erfolgen werde. Die Bewilligung des
Budgets sei ein Vertrauensoverum für die Regierung. Keine deutsche
Regierung in Deutschland verdiene das Vertrauen, alle seien nicht
nur antisocialistisch, sondern sogar antidemokratisch. In Baden
selbst habe man das indirekte Wahlrecht, die Erste Kammer als
Kremse, wenn die Maschine zu rasch ins Rollen komme.
Dabei habe die badische Regierung in der Arbeitslosen-Debatte,
in der Schulfrage eine durchaus vorkämpferische Haltung eingenommen.
Neuerdings fähle auch das Centrum Wagnenluft und die Regierung
komme seinen Wünschen entgegen, um die Socialdemokratie nieder-
zuhalten. Alles sei also gegen uns gerichtet, und auch in den
Fragen der großen Reichspolitik habe die badische Regierung stets
auf der Seite der Gegner gestanden. Wie man einer solchen Regierung
das Vertrauen entgegenbringen könne, befrage ich nicht. Wir hätten
principielle Politik zu treiben, und was wir im Reichstag für nötig
hielten, müsse auch in den Landtagen praktiziert werden.

Landtagsabgeordneter **Giehorn** macht für den unbefriedigenden
Ausfall der letzten Landtagswahlen vor allem die Kompromisspolitik
der badischen Socialdemokratie verantwortlich.
Kolb, Redacteur des „Volksfreund“, wendet sich gegen **Webel**,
der in Lübeck ihm den Vorwurf der Infamie, Verfaßte etc. gemacht,
heute aber weit milder gegen ihn aufgetreten sei. Die Stellung
der Karlsruher in der Oberbürgermeister-Frage sei von **Webel** falsch
dargestellt worden. Es habe sich nicht um eine Gehaltsbesserung,
sondern lediglich um den Ersatz eines durch die Einführung des
Bürgerlichen Gesetzes entstandenen Ausfalls gehandelt. **Schneijer**
habe ihm gegenüber die Beleidigungen zurückgenommen und ihm
eine Ehrenerklärung gegeben. Des Reducers Anführung über das
Frauen-Stimmrecht auf der letzten Landesversammlung sei falsch an-
gelegt worden; er sehe vollständig auf dem Standpunkt der Forde-
rung dieses Stimmrechtes. Damals habe es sich aber um ein Aktions-
programm gehandelt, mit dem wir, falls das Frauen-Stimmrecht
darin enthalten gewesen wäre, bei uns Passiv hätten machen müssen.
Selbst **Wandervelde** habe in der belgischen Kammer erklärt, daß
er im Augenblick gegen die Hervorhebung dieser Forde-
rung sei, weil er von der Erfüllung derselben nur eine
Erweiterung des Einflusses des Reichstages auf die politische Ent-
wicklung des Landes besähe. Seine Zugehörigkeit zum Boden-
reform-Verein habe nur den Zweck, sich Anstaltung zu verschaffen,
und werde ihn in seiner socialistischen Ueberzeugung nicht im
geringsten wankend machen. Die nächsten Stadtverordnetenwahlen
in Karlsruhe würden den Beweis dafür erbringen, daß der richtige
Geist in der Arbeiterchaft der Reichs- noch lebendig ist.

Arbeiterführer **Kayenstein**-Mannheim wendet sich gegen
die Ausführungen **Fendrichs** hinsichtlich der Agrarfrage in seinem
Handbuch für badische Landtagswähler. Die ganze Grundlage
der Theorien **Fendrichs** sei in dieser Richtung falsch, bezüglich der
Erreichung des Endzieles glaube er allerdings, daß die Eroberung
des politischen Macht und das Resultat eines augenblicklichen Er-
folges sein werde, im Gegensatz zur wirtschaftlichen, die wir langsam
und schrittweise erlangen müßten.
Landtagsabgeordneter **Fendrich** begrüßt das Bestreben **Webels**,
hier einzugreifen zu wirken. Die opportunistische und die radikale

Richtung in der Partei müßten sich gegenseitig ergänzen und könnten,
wenn viderbessert der gute Wille des gegenseitigen Sichverstehen-
willens vorhanden sei, nur vorteilhaft wirken. Der eventuelle Ein-
tritt der Socialisten in das Landtagspräsidium sei natürlich nur so
weit zu verstehen, daß dort lediglich geschäftsmäßige Funktionen zu
vollbringen seien. Die Angst vor dem Opportunismus in der Partei
sei lediglich eine Sache der psychologischen Individualität. Er habe
die feste Ueberzeugung, daß wir von hier fortgehen werden mit dem
Bewußtsein, daß wir uns wieder einmal verstanden und geeizigt
hätten, daß wir auf demselben Boden stehen und dem gemeinsamen
Gegner gegenüber einig und geschlossen seien.

Webel wendet sich nochmals gegen **Kolbs** Ansichten von dem
Gang der Entwicklung und glaubt, daß allerdings auch eine
Katastrophe eintreten könne. Aktionsprogramme könnten nur Er-
gänzungen unseres Parteiprogramms sein, dürften dies aber niemals ab-
schwächen. Ein socialistischer Redacteur könne niemals Mitglied des
Bodenreform-Vereins sein.

In seinem Schlusswort meint **Dreesbach**, daß in Baden
bisher die durch das indirekte Wahlssystem da und dort gebotenen
Wahlkompromisse der Partei noch nicht das geringste geschadet
hätten. Speziell in Karlsruhe habe die Socialdemokratie 1897
unmittelbar nach den Landtagswahlen die Freijämigen und
Meritalen, mit denen sie verbündet gewesen, bei der Reichstags-
wahl aufs schärfste bekämpft. Am liebsten wäre es ihm
allerdings auch, wenn wir Kompromisse überhaupt nicht
mehr nötig hätten. Bei der Kultusabstimmung im Landtage
sei es gegangen wie manchmal auch im Reichstage, wo bei solchen
Positionen Abstimmung manchmal einfach nicht verlangt werde. Eine
gebundene Majorität hinsichtlich der künftigen Abstimmungen werde
er sich nicht vorzeichnen lassen, sondern eher das Randat
niederlegen, und in letzter Hinsicht sei er eines Stimmes
mit der Mehrheit seiner Fraktionsgenossen. Es müsse schon im
Interesse der persönlichen Würde der einzelnen Abgeordneten diesen
überlassen bleiben, wie sie nach Prüfung aller in Frage kommenden
Dinge zu stimmen für ihre Pflicht halten.

Anträge lagen zu diesem Punkte nicht vor oder wurden im
Laufe der Debatte wieder zurückgezogen.

Als Sitz des Landesvorstandes wurde wiederum
Mannheim, als Ort der nächsten Landesversammlung wieder
Offenburg gewählt.

Mit einem begeisterten Hoch auf die revolutionäre Socialdemo-
kratie wurden gegen 7 Uhr abends die Verhandlungen geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches u.s.w.

— Durch eine Kritik des Duckaufzugs soll der verantwort-
liche Redacteur des „Hamburger Echo“, **Genosse Waberky**,
das Offiziercorps der deutschen Armee beleidigt haben. Auf Antrag
des preussischen Kriegsministers erhob die Staatsanwaltschaft Anklage
und die 4. Strafkammer des Landgerichts Hamburg verurteilte ihn
deswegen zu 150 M. Geldstrafe. Die Beleidigung wurde in der Form
verschiedener Ausdrücke gefunden.

— Wegen öffentlicher Einladung zu einem nicht ge-
nehmigten Umzuge waren die Genossen **Groß** und **Reinwand**
in Halle zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Das
Kammergericht hob das Urteil auf, weil die gesetzliche Mindeststrafe
acht Tage Gefängnis ist. Jetzt sind die beiden in der erneuten Ver-
handlung zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Professor Duerffsen vor Gericht.

In einem medizinischen Kongress gestaltete sich die Verhandlung
einer Anklage wegen schuldhafter Körperverletzung, die gestern den
bekannten Gynäkologen Professor **Dr. Alfred Duerffsen** vor die
erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Der zur Verurteilung
stehende kleine Saal war nicht im Stande, auch nur annähernd die
andrängende Zahl der Zuhörer aufzunehmen. Der Eintritt war nur
gegen starken Widerstand, die fast ausschließlich in den Händen von
Verletten waren. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat **Tadmann**, die
Anklage vertritt Staatsanwalt **Dr. Kug**, die Verteidigung führen
Justizrat **Dietrich** und **R. A. Horwich**. Ein ganzes Heer von Sachver-
ständigen ist geladen, darunter die Geheimräte **Prof. Dr. Britsch-Dorn**,
Dr. Paul Kuge, **Prof. Gussow**, **Prof. Dr. v. Winkel**,
München, **Prof. Dr. Küstner-Dresden**, **Prof. Dr. Landau**,
Prof. Dr. Hürbringer, **Prof. Dr. Junke**, **Prof. Dr. Kewen**,
Prof. Dr. Kohnmann, **Hofrat Dr. Reugebauer-Warschau**,
die Ärzte **Sanitätsrat Dr. Werner**, **Dr. Schäfer**,
Dr. Rickaels, **Dr. Veder**, **Dr. Reinde**, **Dr. Zeile**,
Dr. König, **Dr. Wimmer**, **Dr. Mandach**, **Dr. Heinrich**,
Dr. Arthur Schaeffinger, **Assistenzarzt Dr. Obuch u. a.** Unter
den Zeugen befinden sich Oberstaatsanwalt **Drescher** (früher
Berlin jetzt Dresden), Geh. Oberregierungsrat **Reichstags-Abgeordneter**
Camp, eine Gräfin **v. P. zc.** Der von der Verteidigung gleich-
falls als Sachverständiger geladene **Geh. Rat**
Prof. Dr. Dischhausen ist nicht erschienen. — Durch die
Anklage wird dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, am 24. October
1899 der 42 Jahre alten Frau des Regierungs-Bauereisters **R.**, die
sich bei ihm einer Operation unterzogen, durch Fahrlässigkeit eine
Körperverletzung zugefügt zu haben. Der Vorsitzende macht
den Angeklagten darauf aufmerksam, daß sein Vergehen eventuell
auch als

vorherrliche Körperverletzung

mittels eines gefährlichen Werkzeuges — eines Messers — auf-
gefaßt werden könnte. Der 1862 geborene Angeklagte ist der Er-
finder beziehungsweise Begründer einer besonderen Operations-
methode. Er war früher zunächst Militärarzt, dann Assistent
bei dem **Geh. Rath Dobru-Königsberg**, Assistent an der Charité
und zuletzt Assistent bei Professor **Dr. Gussow**. Seit dem Jahre
1892 leitete er selbständig eine Privatklinik vor, die 20 Betten umfaßt.
Er operiert etwa 300—400 Fälle im Jahre. — Der Vorsitzende fordert
alle Beteiligten auf, nur sachlich zu verhandeln und alle persönlichen
Epitheta, wie sie bei der ärztlichen Kontroverse sich vielleicht ergeben
könnten, zu unterlassen. — Die Strafanzeige ist von dem **Genossen R.**
erstattet worden. Die **Chefrath R.**, die von dem **Dr. med. Paug**
behandelt wurde, litt an Sterilität, ihre war der Kinderlegen verweigert
und sie wurde am 23. October als Patientin III. Klasse in der
Klinik des **Prof. Dr. Duerffsen** aufgenommen, nachdem sie von
dem **Dr. Paug** telephonisch zur Aufnahme angemeldet worden war.
Am 23. October wurde die Frau in der Klinik den erforderlichen
vorbereitenden Maßnahmen unterworfen, der Assistent **Dr. An-**
geklagte, Dr. Obuch, nahm die Krankengeschichte auf. Der An-
geklagte selbst sprach die Patientin vor der Operation, die nur auf
Beseitigung der Sterilität gerichtet war, nicht. Der Angeklagte er-
klärte hierzu, daß die Patientin spät abends erst in der Klinik auf-
genommen worden sei, bestritt deren Behauptung, daß er sich nicht
um sie bestimmt habe und betont, daß er dieser Patientin eine
größere Fürsorge als gewöhnlich habe angedeihen lassen, da er ihre
zu Liebe sogar eine für den 24. October vorgesehene Operation einer
Privatpatientin zurückgestellt habe. Die Untersuchung der Frau in
der Karlose habe in Gegenwart der Wärter und Wärterinnen, des
Assistenten und einiger gerade anwesenden auswärtiger Ärzte statt-
gefunden. Er habe nicht den geringsten Zweifel darüber gehabt, daß
die Patientin vollständig damit einverstanden war, daß ihre Sterilität
eventuell durch einen operativen Eingriff geboben werden sollte.
Nachdem er die Anamnese gehört, habe er geglaubt, daß, trotz des
Alters der Frau von 42 Jahren (in Wahrheit hat sich später
herausgestellt, daß sie fast 45 Jahre alt war), die
gewünschte Operation nicht ansichtslos war. Er habe eine
Annäherung des Uterus für zweckmäßig gehalten und
dortüber mit den Assistenten gesprochen. Es habe sich bei der Unter-
suchung gezeigt, daß die Frau schwer unterleidend gewesen und
eine Verwundung des Uterus mit dem Nasendarm vorlag. Es gebe
genau monchen Gynäkologen, der bei dem Alter der Patientin und
bei den Beschwerden, die sie nach der Krankengeschichte hatte, ohne
weiteres zu einer Exstirpation des Uterus geschrieben wäre.
Er selbst vertrete eine konservative Richtung, habe vorläufig an eine

Exstirpation gar nicht gedacht

und sei zu der von ihm beabsichtigten Operation geschritten. Diese
wurde durch ungewöhnlich starke Blutungen kompliziert, so daß er
8 Nächte anlegen mußte. Die Wundheilung habe aber nicht auf. Hätte
er die Absicht einer Exstirpation gehabt, so hätte er diese schon in
diesem Stadium vorgenommen. Er sei aber nicht so vorgegangen,
sondern die konservierende Operation verfolgt und die beiden
Schlagadern unterbunden. Bei dieser Unterbindung habe er eine
bedenklliche Geschwulst entdeckt, es ergab sich eine direkte Lebens-
gefahr für die Patientin und die Notwendigkeit, die Exstirpation
rasch vorzunehmen. Die Patientin sei nach vierzehn Tagen völlig
gesund entlassen worden, eine Darmstiel, die sich später bei ihr
zeigte, habe sie damals nicht gehabt. Nach der Operation sei ihr
mitgeteilt worden, daß die Exstirpation stattgefunden habe, und ihr
sagte, daß sie ihren Mann davon unterrichten solle. Er habe
erwartet, daß der Ehemann darüber mit ihm sprechen würde, er
habe diesen aber nie zu Gesicht bekommen. Als die Frau nach sechs
Wochen zur Nachuntersuchung zu ihm gekommen, habe sie sich nicht
belegt, allerdings auch nicht bedankt. Bei politischen
Patienten dritter Klasse könne man auf besonderen Dank
gewöhnlich nicht rechnen, allerdings sei er im allgemeinen
enttäuscht darüber gewesen, daß diese Frau, die dem Leben
mit knapper Not erhalten worden, so wenig dankbar war. Der
Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß ihm gerade zum Vor-
wurf gemacht werde, daß er ohne Not die Operation vorgenommen,
die eine sehr unangenehme Begleiterscheinung, nämlich eine Darm-
stiel, zur Folge gehabt habe, die erst im Juni v. J. geheilt worden
sei. Dieser Vorwurf werde ihm vom Medizinalkollegium be-
ziehungsweise in dem Obergutachten der wissenschaftlichen Depu-
tation, die in einem Punkte auf andern Standpunkt stehe,
gemacht. Danach werde in der Art und Weise der Operation
ein Kunstfehler nicht erblickt, auch werde anerkannt,
daß die gänzliche Entfernung des Uterus, nachdem es einmal so weit
gekommen war,

notwendig gewesen,

um die lebensgefährliche Blutung zu stillen. Zum Vorwurf werde
ihm gemacht, daß er diese Operation, die in ihrem Verlauf eine so
gefährliche Wendung genommen, vorgenommen hat in einer Zeit,
in der sie nicht geboten und nicht gerechtfertigt gewesen,
da die Patientin beschwerdefrei gewesen und solche Patienten häufig
beschwerdefrei bleiben und weil bei dem Alter der Patientin die
Aussicht auf Hebung der Sterilität in minimaler
Weise bestand. Der Angeklagte bestritt dies nach seinen Er-
fahrungen. Er habe die von ihm beabsichtigte Operation zwar für
schwierig, aber nicht für gefährlich gehalten; er habe damals schon
in 70 Fällen, die genau so lagen wie bei Frau **R.**, operiert, ohne
dabei einen einzigen Todesfall zu haben. Er habe
die meisten dieser Fälle kontrolliert und Komplikationen nie beob-
achtet. Dazu kommen Hunderte von Fällen, in denen er die
Operation als Nebenoperation gemacht habe. Bei den Resultaten,
die er erzielt habe, habe er nicht auf den Gedanken kommen können,
daß eine Lebensgefahr bestand oder die Gesundheit der
Patientin geschädigt werden könnte. Wenn die wissenschaftliche
Deputation ihm vorwerfe, daß er unter seinen Umständen zur Operation
hätte schreiten dürfen, ohne in eigener Person von der Patientin selbst
die Krankengeschichte entgegen zu nehmen, so entgegnete er, er halte
einen Operateur, der eine große Praxis hat und auf einen bewährten
Assistenten vertrauen kann, nicht hierzu absolut verpflichtet, denn
unter Umständen würde ihm andererseits die Spannung, die die
Operation erfordere, verloren gehen. Die meisten Operateure
lassen die Krankengeschichte von ihren Assistenten aufnehmen. — Dem
Angeklagten wird weiter zum Vorwurf gemacht, daß er nach erfolgter
Untersuchung und vor Beginn der Operation die Frau nicht darüber
belehrt und sie nicht noch einmal aus der Karlose habe erwauchen
lassen, um sie darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren und
Komplikationen etwa entstehen könnten. Der Angeklagte kann diese
beiden

Gutachten des Medizinalkollegiums

und der wissenschaftlichen Deputation nicht als
zutreffend erachten, denn er habe die von ihm beabsichtigte
Operation nicht für gefährlich und auch nicht für ansichtslos
gehalten. Wenn bei einer solchen geringeren Operation plötzlich
Lebensgefahr auftritt, halte er sich für berechtigt, weiter
zu operieren, selbst auf die Gefahr hin, daß die Patientin später
darüber ungelassen sei. Der Angeklagte bekämpft vom wissenschaft-
lichen Standpunkte aus den Vorwurf, daß er ohne Verständigung
mit der Kranken die Operation vorgenommen und die Bildung der
Darmstiel durch die Operation verursacht habe. — Der
Staatsanwalt überreicht ein ihm vom Kultusminister zu-
gestelltes Gutachten der wissenschaftlichen Deputation, welches ein
von dem Sachverständigen Professor **Dr. Kohnmann** erstattetes
Gutachten bekämpft. — Als erste Zeugin wird die Frau **Regierungs-**
Bauereister R. (jetzt in Baden) vernommen. Sie behauptet, daß sie,
bevor sie zu **Dr. Paug** gekommen, kerngesund gewesen, auch
aber dann zugeben, daß sie vorher schon einmal acht Tage in der
Klinik des **Prof. Dr. Landau** gelegen habe und auch bei einem
Arzt in Posen in Behandlung gewesen sei. Da ihr Ehemann, mit
dem sie damals 17 Jahre verheiratet gewesen, Familie haben
wollte, habe sie auf Empfehlung des **Dr. Paug** ausgesucht, der
sie längere Zeit in Massagebehandlung gehabt und
ihre schließlich angetan habe, zur Hebung der Sterilität
sich einer Operation bei Professor **Dr. Duerffsen** zu unter-
werfen. Da **Dr. Paug** ihr gesagt habe, daß es sich nur um eine
kleine und ungefährliche Sache handle, habe sie eingewilligt und sei
zu **Dr. Duerffsen** übergeführt. Auf Vorhalt des Vorsitzenden giebt
sie zu, dem Arzte, der die Krankengeschichte aufnahm, wahrheits-
widrig ihr Alter auf 42 — anstatt 45 — Jahre angegeben zu
haben. Sie meint, sie habe sich dem Arzte gegenüber „geniert“,
außerdem „sei der

Arzt ja doch keine Behörde“.

Ihre ganze Absicht sei gewesen, von der Kinderlosigkeit be-
freit zu werden. Hätte sie gewußt, daß die Operation gar keine
„Kleinigkeit“ und sogar lebensgefährlich sei, so würde sie
sich entschieden nicht zur Operation verstanden haben.
Sie halte den Angeklagten nicht für berechtigt, einen so großen
operativen Eingriff ohne ihre Genehmigung vorzunehmen und sei
sehr erstaunt gewesen, als sie beim Erwachen aus der Karlose
erfahren, was mit ihr geschehen sei. — Staatsanwalt **Dr. Kug**
stellt durch Befragen der Zeugin nochmals fest, daß sie lediglich zum
Zwecke, die Kinderlosigkeit zu beseitigen, zu dem
Angeklagten gekommen sei, daß sie fest davon überzeugt gewesen
sei, trotz ihres Alters sei es noch möglich, diesen Zweck zu erreichen
und sich zu der hauptsächlich vorgenommenen Operation nicht verstanden
haben würde. — Rechtsanwalt **Horwich** fragt die Zeugin, ob sie
oder ihr Mann bei Anstrengung des Stausverfahrens nicht einen
finanziellen Nebenverdienst verfolgt habe. Die Zeugin erklärt,
nichts davon zu wissen. — Zeugin **R.**, der Ehemann der Vorzeugin,
bestätigt, daß er seine Frau lediglich zu dem Zwecke zu **Dr. Paug**
geschickt habe, um Familie zu bekommen. Als er erfahren, welche
Operation der Angeklagte an seiner Frau vorgenommen, sei er sehr
empört gewesen und habe sowohl den **Prof. Dr. Duerffsen**, als auch
den **Dr. Paug** angezeigt, weil er sein Recht haben wolle und keinen
Arzt für berechtigt halte, ohne sein Wissen und Willen über den
Körper seiner Ehefrau in der geschehenen Weise zu verfügen. Auch
Dr. Paug habe sein Vertrauen gekündigt, und er selbst sei

„der Verdächtige“

gewesen. Der Vorsitzende unterzucht dem sehr aufgereizten Zeugen
derartige Ausdrücke und verweist ihn darauf, daß er hier nicht in
einer Vernehmung, sondern im Gerichtssaal sitze. —
Der Zeuge schildert weiter, daß seine Frau seit der
Operation fortgesetzt kranke und mehrfach Krätze aus-
scheiden müsse. Er habe sich inzwischen überzeugt, daß
die ganze Sache „verpufft“ sei, weil es sich nur um
eine Patientin dritter Klasse gehandelt habe. „Hätte ich nur
einige Hundert Mark zu bezahlen vermocht,
dann wäre die Sache ganz anders ausgefallen.“
Der Vorsitzende unterzucht ihn nochmals solche unpassenden und
willkürlichen Behauptungen, andernfalls würde er sich selbst der Ge-

Fahr einer Anklage aussetzen. Wichtig sei es, wie er dem Präsidenten befragt, daß er erst vier Monate nach der Operation die Strafanzeige gemacht habe, nachdem er von dritter Seite über seine Rechte informiert worden sei und richtig sei es auch, daß er einen Brief an den Angeklagten gerichtet und sich darin seine zivilrechtlichen Ansprüche vorbehalten habe. — Dr. med. Baum giebt eine Schilderung vom dem Zustande der Frau R., welche am 7. April 1899 in seine Behandlung gekommen sei. In dieser Reihe habe sie über Kinderlosigkeit geklagt, daneben hatte sie aber auch andere Beschwerden, Kreuzschmerzen u. dgl. Er habe bei der Behandlung festgestellt, daß die Frau an einer langen Zeit bestehenden Unterleibsfrankheit litt. Nach längerer Behandlung, bei der sich auch eine Besserung im Befinden zeigte, habe er ihr geraten, zum Zwecke der Befreiung der Unfruchtbarkeit sich einer Operation beim Anschlag zu unterziehen. Keineswegs habe er ihr gesagt, daß es sich um ein Kinderspiel handle, er habe ihr über ihren Krankheitszustand Mitteilung gemacht und ihr wahrheitsgemäß gesagt, daß die Operation im ganzen nicht besonders gefährlich sei. Einen Erfolg dieser Operation, auch bei einer 42jährigen Frau, halte er nicht für ausgeschlossen. Er habe auf Wunsch der Patientin der Operation beizuhelfen wollen, habe dies aber abgelehnt und sei erst dann gekommen, als er hörte, daß die Exstirpation vorgenommen sei. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß ein Zwang zu einer Operation an sich nicht vorgelegen habe, da sie vorzugsweise nur über Kinderlosigkeit klagte.

Nach Verlesung der wissenschaftlichen Gutachten und der Vernehmung des Geheimen Rats Dr. Friisch-Vom wird auf die weitere Vernehmung von Zeugen verzichtet.

Der Staatsanwalt beantragt 300 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof kam nach ganz kurzer Beratung zur

Freisprechung

des Angeklagten. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Tadmann begründete dies dahin: Bei der tatsächlichen Beurteilung sei der Gerichtshof davon ausgegangen, daß den Angaben der Frau R. nicht voller Glauben zu schenken sei, da sie sich doch in verschiedenen Punkten widersprochen habe. Vom rechtlichen Standpunkte aus könne in Frage kommen, ob vorläufige oder fahrlässige Körperverletzung vorliege. Der Vortrag falle in dem Augenblick, wo angenommen wird, daß er die Einwilligung zur Operation hatte. Dies habe der Gerichtshof angenommen; er habe nach den Bekundungen des Dr. Baum nicht nur glauben können, daß die Einwilligung erteilt sei, sie sei vielmehr tatsächlich auch erteilt worden. Was die Fahrlässigkeit betrifft, so stelle sich der Gerichtshof in wissenschaftlicher Beziehung ganz auf den Standpunkt der Gutachten der beiden medizinischen Körperparteien, komme aber trotzdem nicht zu demselben Schluß, weil die tatsächlichen Voraussetzungen, von denen sie ausgegangen, in der mündlichen Verhandlung sich in wesentlichen Punkten als unrichtig erwiesen haben. Das beziehe sich u. a. auf die Annahme, daß der Angeklagte die Patientin vor der Operation nicht untersucht und nicht Reminis von der Krankengeschichte genommen habe. Der Gerichtshof nahm auch an, daß die Operation nicht ungefährlich sei und geringe Aussicht auf Erfolg bot; damit sei aber noch nicht die Fahrlässigkeit erwiesen, denn der Angeklagte sei in dieser Operationsmethode Autorität. Nach dem Ergebnis der Verhandlung sei eine Schuld des Angeklagten nicht erwiesen, derselbe habe vielmehr alles gethan, was er nach der Pflicht eines gewissenhaften Operateurs thun konnte. Wenn er in seiner Verteidigung und im Kampfe um sein vermeintliches Recht nicht stillos zu weit gegangen wäre, würde er sich vielleicht diese Hauptverhandlung erspart haben.

Aus Industrie und Handel.

Unternehmer-Intelligenz. An Professor Ehrenberg, der im Scherischen Tag mit so vielen Bemühens und Willens- und Geisteskraft des Unternehmers in der Großindustrie verankert ist, erinnern wir uns, als wir den Bericht der verstorbenen Kleinbahn-Gesellschaft lasen. Welche Intelligenz! Von elf Tochtergesellschaften dieser Gründung ist ein Herr Griebel in sieben Unternehmungen Direktor und in dreien Aufsichtsrat. Ein Kollege von ihm, Herr Dräger, verfügt nicht ganz über die Intelligenz, denn er ist nur in einer Gesellschaft Direktor und in vier Aufsichtsräten. Damit ist die Intelligenz dieser Herren aber noch nicht erschöpft, denn Herr Dräger ist außerdem Direktor der Hauptgesellschaft und außerdem mit seinem Kollegen bei anderen Konventionen in Amt und Würden. Man wende nicht ein, daß die Herren bei ihrer Vielbeschäftigung das Unternehmen zur Pleite führten, auch dazu gehört ein hohes Maß von Intelligenz.

Die Aktien-Gesellschaft „Germania“, Schiffs- und Maschinenbau-Gesellschaft in Berlin, wird auf einer außerordentlichen Generalversammlung über die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen haben. Formell war die Firma Krupp seit 1896 Besitzerin, denn sie führte das Unternehmen und garantierte den Aktionären 4 1/2 Proz. Verzinsung. Wegen Zahlung von 6 325 000 M. steht der Firma Krupp die Erwerbung der Aktiva und Passiva zu und damit die gänzliche Ueberleitung des Unternehmens in ihren Besitz. Nachdem die Firma Krupp im vorigen Jahre 20 000 000 M. Anleihe zum Ausbau und zur Erweiterung des Unternehmens in Kiel aufgenommen hatte, ließ sich wohl annehmen, daß die Firma Krupp das Provisorium aufhebt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Kleber. Die Allgemeine Tageszeiter-Zeitung, eine Zeitschrift der Unternehmer, für die der Berliner Genossen aus der Unabhängigen-Bewegung wohlbelannte Herr Feder als Redakteur zeichnet, sieht sich veranlaßt, in recht gehässiger Weise über die Kleberbewegung herzufallen. Zunächst wird den „Machern“ der Lohnbewegung angedroht, die jegliche Lohnbewegung würde ihnen bald als ein memento mori erscheinen, da ein derartiger frivoler Streit in der Arbeiterbewegung wohl einzig dastünde. Herr Feder muß es ja als ehemaliges Mitglied der Streik-Kommission vom Jahre 1894 wissen, wie „frivole Streiks“ inszeniert werden. — Was war die Ursache des Streiks? Die Kleber hatten sich im Jahre 1900 einen Tarif erzwungen, der auch von den Arbeitgebern durch Unterschrift anerkannt worden war. In letzter Zeit hat nun das Unternehmertum die flane Konjunktur zu einer allgemeinen Lohnreduzierung benutzt, so daß der 1900er Tarif illusorisch geworden war. Nachdem nun in diesem Frühjahr der allgemeine für das Tapezierergewerbe geltende Vertrag von Seiten der Unternehmer gekündigt war und der Verein der Kleber Berlins durch eine allgemeine Lohnkontrolle eine günstige Konjunktur für dieses Jahr festgestellt hatte, hielten es die Kleber für angebracht, ihren im Jahre 1900 erzwungenen Tarif wieder zur Geltung zu bringen. Ein großer Teil der Unternehmer erkannte auch sofort die berechtigten Forderungen der Kleber an. Die Generalversammlung der Zwangsunion beschloß dann die Unterschrift des Tarifs zu verweigern und wählte eine Kommission, die die Zurückziehung der schon erfolgten Unterschriften veranlassen soll. Die treibende Kraft war Herr Feder, obwohl er in einer Kleberversammlung im Jahre 1900 die Forderungen der Kleber als berechtigt anerkannt hatte. Unter den Rednern der Meisterversammlung befand sich auch Herr Kahler, der erklärte, die wirtschaftliche Misere mache es möglich, den Angriff der Kleber leicht abzuwehren, wenn die Unternehmer nur einig sind, und dieses müsse geschehen. Die Herr Kahler diesen Standpunkt mit seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vereinbaren kann, überlassen wir dem Urteil der Berliner Genossen. Von dem Artikelreiber in der Unternehmerpresse wird sodann behauptet, daß die Lohnkommission bei Veröffentlichung einzelner Sperren betruht unwahre Angaben gemacht hätte, indem sie Firmen bekannt gab, bei welchen der Tarif bezahlt würde usw. Wir haben dem gegenüber zu erklären, daß wir, nachdem die Zwangsversammlung provokatorisch aufforderte, die Unterschrift des

Tarifs zu verweigern, unbedingt daran festhalten mußten, die Unterschrift zu verlangen, wenn der Unternehmer auch den Tarif bezahlte. Der Lohnkommission wird dann gedroht, daß sie an anderer Stelle zur Verantwortung gezogen werden soll, und man die betreffenden Namen der lokalorganisierten Kleber bekanntgeben resp. schwarze Listen anfertigen werde. Wir können hierauf nur erwidern, daß uns diese Drohung nicht abschrecken wird, unsterblichen Forderungen zum Siege zu verhelfen. Wir erlauben deshalb die Arbeiterkassette, speziell die Handwerker, und in diesem Kampf gegen Unternehmervillkür zu unterstützen.

Die Lohnkommission der Kleber.

In der verflochtenen Woche haben noch folgende Firmen bewilligt: Paul Wendi, Invalidentstr. 159. Robert Keller, Bilowstraße. Schwarzenhauer, Kurfürstentrasse. Poull, Gräselstraße. H. Härtel, Elisabethstr. 22. Franz Ködert, Ritterstr. 34. Paul Schönfelder, Rosjodertstr. 18. Stude, Schmargendorf. Max Wörbs, Sophienstraße 18. Verendt, Bremerstr. 65. Löder, Köthenerstraße. Berchmyle, Plantagenstr. 14. Langer, Friedenau. Karl Sommerburg, Goltzstraße. G. Gebhardt, Rosenhägerstr. 14. Frau Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 102. Tübbede, Mariendorfer. Bernhardt, Goltzstr. 11. Karl Wöfe, Yorkstr. 73. Siebert, Friedrichs-felderstraße 25. Schulz Sohn, Friedrichstraße. Heintz, Annenstraße. Gesperrt sind die Firmen: Martin Otto, Danzigerstr. 19 (Wanten Kopenhagenerstr. 7 und Oberstraße). Witt, Dessauerstraße (Wau Rog) und Neue Ansbacherstraße-Edel). Schöpf, Puffelstraße (Wanten Rixdorf, Weferstr. 199, Gothen- und Leuthen-straßen-Edel, Hüne, Straußbergerstraße 41 (Wau Kollantien-Allee 21), Bagold, Efferstr. 23 (Wau Freiwalderstr. 24). Verndt, Rixdorf (Wanten Donau- und Reuterstraße, Rixdorf und Richardstraße 104, Rixdorf.)

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Schützenstr. 18/19, Telephon Amt I, 1908.

Achtung! Kleber (Tapezierer)! Gesperrt sind: Unternehmer Hüne, Straußbergerstraße (Wau: Kastanien-Allee 21) und Unternehmer Behold, Efferstraße (Wau: Freiwalderstr. 24). Verbandsleitung der Kleber, Weuthstr. 21, Simonis. Amt I 5870.

Achtung, Bildhauer! Die Differenzen bei der Firma Dauer, Studegeschäft (Berlin), und Möbelfabrik Felder u. Plathen sind trotz mehrfacher Veruche noch nicht beigelegt. Centralverein der Bildhauer, Gauerin Berlin.

Deutsches Reich.

Den Formern will die Eisengießerei und Maschinenfabrik von Rob. Spieh Söhne in Waxen an Accordarbeit aufzwingen, nachdem sie in der letzten Zeit wiederholt Lohnabhänge vorgenommen hat. Die Formner sind entsetzt, jede weitere Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses energisch zurückzuweisen. Die Firma wird wahrscheinlich versuchen, fremde Formner heranzuziehen. — Zugut ist fern zu halten.

Der Seidenweberstreik in Rheinfelden dauert fort. In der vergangenen Woche sind einige bisherige „Arbeitswillige“ ebenfalls zu den Streikenden getreten und sind nun insgesamt 46 Frauen und 68 Männer im Ausstand. Der Ausstand selbst dauert nun die fünfte Woche und ist keine Aussicht auf baldige Beilegung, indem keiner der streikenden Teile etwas nachgeben will.

Ausland.

Die Bäckersperrung in Götzburg. Die Ausgesperrten sind alle einig darüber, daß sie die ihnen angebotenen persönlichen Arbeitskontrakte nicht unterschreiben, und beschloßen nicht eher wieder mit den Meistern zu unterhandeln, als nicht die deutschen Streikbrecher verabschiedet werden. Die Bevölkerung sympathisiert stark mit den Ausgesperrten. An mehreren Plätzen wurde gegen die Streikbrecher demonstriert.

Sociales.

Der Bauarbeiterschutz in Preußen.

Im vorigen Jahre hatten die Vertreter der hangeverbliebenen Arbeiter der preussischen Regierung und dem Abgeordnetenhaus eine Petition überreicht, in der noch ausführlicher Vorlegung der Verhältnisse bestimmte Forderungen für eine gesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes gemacht wurden. Die Petition ist nicht zur Verhandlung gekommen. Jetzt ist dem Abgeordnetenhaus abermals eine solche Petition überreicht worden. Um dem Verlangen der Arbeiter Nachdruck zu geben, werden die Bauarbeiter indes in der nächsten Zeit eine allgemeine Versammlung abhalten. Es sollen allenfalls Versammlungen veranstaltet werden, in denen über die Frage des Bauarbeiterschutzes verhandelt wird. Die Beschlüsse der Versammlungen sollen dem Landtage übermittelte werden.

Eine Arbeitslorenzählung der Leipziger Gewerkschaften ergab, daß im Monat Januar in 28 Organisationen mit zusammen 12 554 Mitgliedern 1661 Mitglieder zusammen 25 000 Tage arbeitslos waren. Eine große Zahl Arbeiter arbeiteten mit verkürzter Zeit.

Die vollständigen Hochschulkurse, die in Jena von der Comenius-Gesellschaft veranstaltet werden, umfassen in diesem Winter 4 Kurse zu je 6 Vorträgen über folgende Gegenstände: 1. „Die Hygiene des Hauses“ (Professor Gärtner); 2. „Ueber Instinkte und Kunsttriebe der Tiere“ (Professor Hegeler); 3. „Die Vögelmänner von Jena und Umgegend“ (Professor Weber); 4. „Experimental-Vorträge über die wichtigsten elektrischen und magnetischen Erscheinungen“ (Professor Straußel). In den Vorträgen standen akademische Lokalitäten zur Verfügung. Das Honorar für einen Kursus beträgt 1 M., den organisierten Arbeitern, die auch zuerst bei der Kartenabgabe berücksichtigt werden, wird eine Vergünstigung von 50 Proz. gewährt. Für die genannten Vorträge entnahmen die Gewerkschaften 359 Karten, die Eisenbahnarbeiter (Verband der Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter) 170; zusammen 529, während die Gesamtzahl der verkauften Karten 855 beträgt.

Für die zukünftige Kranken- und Unfallversicherung hat der schweizerische Bundesrat einen Fonds angelegt, der jetzt reichlich 10 1/2 Millionen Franken beträgt.

Versammlungen.

Der deutsche Holzarbeiterverband hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung in der Brauerei Friedrichshain ab, um nochmals zu dem von den Holzindustriellen und der Zwangsunion erwiderten Arbeitsnachweis und den Entlassungsscheinen Stellung zu nehmen. Die Versammlung war sehr stark besucht und der große Saal samt den Gallerien dicht besetzt. Ein Teil der Mitglieder konnte überhaupt keinen Einlaß finden, da bereits vor Eintritt in die Verhandlungen die polizeiliche Absperrung erfolgte. Der Vorsitzende Th. Glöck, der die gegenwärtige Situation nach jeder Richtung hin beleuchtete und das provokatorische Vorgehen der Unternehmer einer lebhaften Kritik unterzog, verwies auf die Verhandlungen der Vertrauensmänner-Versammlung am 13. Februar, die sowohl die Bewegung des Arbeitsnachweises als auch die Annahme der Entlassungsscheine abgelehnt hat. Der Versammlung sei es erhalten oder aber eine Änderung vorzuziehen. Die Verwaltung ist der Meinung, daß das System der Entlassungsscheine in erster Linie bekämpft werden müsse und zwar schon deshalb, weil daselbe, wenn erst eingeführt, sehr schwer wieder beseitigt werden könne. Wenn die Versammlung aber auch die Sperre des Arbeitsnachweises beschließt, so müsse natürlich vorausgesetzt werden, daß der Beschluß strikte durchgeführt wird, so daß dem Arbeitsnachweis die besten Kräfte fern bleiben und die Unternehmer schließlich gezwungen werden, die Bewegung des Arbeitsnachweises aufzugeben. Der Redner berichtete sodann, daß nach den Angaben der Unternehmer der Arbeitsnachweis in der Woche vom 21. bis 27. Februar von durchschnittlich 353 Personen täglich

frequentiert worden ist, daß sich in dieser Zeit insgesamt 440 Personen einschreiben ließen und angeblich 505 Arbeiter durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt worden sind.

Der Vorsitzende des Gesellen-Ausschusses, Monien, berichtete hierauf, daß dieser Ausschuss sich mit der Frage des Arbeitsnachweises eingehend beschäftigt habe, und da ein Einvernehmen mit den Unternehmern nicht erzielt werden konnte, so hat der Ausschuss die Anerkennung des Arbeitsnachweises einstimmig abgelehnt und nunmehr bei der Aufsichtsbehörde gegen diese einseitige, statutenwidrige Einrichtung Protest erhoben. Der Gesellen-Ausschuss hat sich, genau so, wie dies auch von der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes schon vor zwei Jahren geschehen ist, für einen paritätischen Arbeitsnachweis, von dem auch die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, ausgesprochen. In der weiteren, sehr erregten Diskussion, in der alle Gesichtspunkte recht eingehend erörtert und die aus den Beschloßen resultierenden Konsequenzen besprochen wurden, waren sich alle Redner darüber einig, daß die Unternehmer nicht etwa den Arbeitsmarkt regeln, sondern lediglich die ungünstige Konjunktur dazu benutzen wollen, um mit Hilfe dieser Einrichtung nach dem Muster der Kammern die Arbeiterkassette dauernd niederzulegen. Die meisten Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die Bekämpfung der Entlassungsscheine allein nicht genügt, sondern in Rücksicht auf die Organisation und im Interesse aller Holzarbeiter der Abwehrkampf gegen diese Kontrollstation, den Arbeitsnachweis, aufgenommen werden muß. Entsprechend dieser Diskussion wurden einige Anregungen in Bezug auf die Taktik abgelehnt und von der Versammlung fast einstimmig der von den Vertrauensmännern beschloßenen Resolution zugestimmt. Diese Resolution lautet:

„Die heutige Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes lehnt es ab, die von den Holzindustriellen und der Versicherung gestellte Bedingung, zur Verhütung ihres Arbeitsnachweises, Entlassungsscheine von dem letzten Arbeitgeber bezubringen anzuerkennen, da sie in dieser reaktionären Bestimmung einen Eingriff in die Freiheit des Arbeiters erblickt, seine Arbeitskraft zu einem angemessenen Preise zu verkaufen. Die Versammlung erwartet und verpflichtet jeden Massenbewussten und anständigen Kollegen, weber die entwürdigenden Entlassungsscheine anzunehmen, noch den Zwangs-Arbeits-Nachweis zu benutzen, und zwar so lange, bis die Arbeitgeber-Organisationen sich mit der Organisation der Holzarbeiter zu einer gemeinsamen Verwaltung eines Arbeitsnachweises verständigt haben. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften für Heranziehung der Reichsorganisierten zur Organisation Sorge zu tragen.“

Hierauf gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die durch den Beschluß betroffenen Mitglieder unterstützt werden sollen. Die erste Auszahlung der Unterstützung wird am nächsten Sonnabend erfolgen. Außerdem wurde beschloßen, bis auf weiteres einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben. Diejenigen Mitglieder, welche diesen Extrabeitrag nicht bezahlen, sollen, falls sie dann ausgesperrt bzw. ebenfalls gemögelt werden, keine Unterstützung erhalten. Die Höhe der Unterstützung wurde zunächst auf 750 M. für Unberühmte und 10 M. für Berühmte festgelegt. Die Streikenden sollen außerdem den Sozialzuschlag von 3 M. pro Woche erhalten.

Von einer Diskussion über die noch vorliegenden Anträge zum Verbandstage und über die Arbeitslosen-Unterstützung, die durch eine Urabstimmung entschieden werden soll, nahm die Versammlung Abstand.

Die Delegiertenwahl zum Verbandstag hatte folgendes Ergebnis: Gewählt wurden: Ahrens, Arndt, Glöck, Klinger, Moh, Rathes, Monien und Stäse. Die übrigen sieben Delegierten mußten in der Stichwahl gewählt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Socialistischer Kongress in Tours.

Tours, 3. März. (W. Z. V.) Bei Eröffnung des socialistischen Kongresses hat der socialistische Führer Jaurès in längerer Rede den Eintritt Millerands in das Ministerium als einen mäßigen Versuch bezeichnet, der nicht mehr gemacht werden dürfe.

Deutsche Bergwerkskongressionen in Schantung.

London, 3. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. Gids Beach erklärt auf eine Anfrage, die Regierung habe gehört, daß die deutsche Regierung wegen gewisser Bergwerkskongressionen in Schantung in Unterhandlung stehe, sie habe jedoch nichts gehört von Versuchen, sich anschließende ministerielle Privilegien zu sichern. Alle Kongressionen müßten bis zu einem gewissen Umfang ausbleiben sein, ob sie derart seien, daß sie gegen die Vertragsrechte Englands und der anderen Mächte in China verstößen, das hängt von verschiedenen Erwägungen ab, namentlich von der Größe des Gebiets, über welches irgendwelche anschließende Rechte gefordert oder bewilligt werden. Die englische Regierung sei gegenwärtig nicht informiert über die Ausdehnung dieser Kongressionen. Zwischen der englischen und der deutschen Regierung habe in dieser Frage kein Meinungsaustrausch stattgefunden.

Socialistische Wahlerfolge.

Sofia, 3. März. Die „Agence Telegraphique Bulgare“ meldet: Die Wahlen vollzogen sich gestern in vollständiger Ruhe ohne jeden Zwischenfall. Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse des gestrigen Wahltages sind gewählt: 97 Anhänger der Regierung, 33 Mitglieder der Nationalliberalen (Stoilowisten), 8 Stambulowisten, 10 Karavelowisten, 7 Demokraten, 10 Agrarier, 9 Liberale (Radoklawisten), 8 Sozialisten. Bei sechs Gewählten ist die Parteizugehörigkeit unbestimmt, oder sie gehören keiner Partei an. Unter den Gewählten befinden sich die Führer aller Parteien mit Ausnahme von Radoklawow, General Petrow und Jwanitschow. In Sofia selbst drang die Liste der Regierungspartei gegenüber jener der drei koalitierten Oppositionsparteien durch.

Paris, 3. März. (W. Z. V.) Wie dem Temps aus Saigon gemeldet wird, ist ein chinesisches Schiff mit 250 Passagieren an Bord auf der Reise von Nanking nach Hanoi bei Hinghen untergegangen; 200 Personen, darunter eine Französin mit zwei Kindern, sind, wie die Meldung weiter besagt, errettet.

London, 3. März. (W. Z. V.) Wie Lloyd's Agentur aus Buenos Ayres meldet, ist der deutsche Dampfer „Hedelburg“, von Rosario nach Rotterdam unterwegs, auf der Höhe von Kolonia auf Grund geraten. Ein Dampfer sowie Leichterfahrzeuge sind zur Hilfe abgegangen.

Petersburg, 3. März. (W. Z. V.) Die sanitätspolizeiliche Besichtigung der aus Batum auslaufenden Schiffe, wo am 21. Januar ein pestverdächtigere Fall vorgekommen ist, ist am 28. Februar eingestellt worden.

New York, 3. März. (W. Z. V.) Wie aus den überschrittenen Gebieten gemeldet wird, sind Millionen Dollars an Eigentum verloren gegangen und 23 Personen in den letzten 24 Stunden umgekommen. — Bei den Ueberflutungen sind in Wilkesbarr (Pennsylvania), wo hundert Familien ohne Toback sind, sechs Personen umgekommen. Der Eisenbahnverkehr auf den nach New York führenden Linien ist gestört. Die Stadt Albany ist überflutet. — Die Ueberflutungen in dem Gebiete östlich des Mississippi sind durch heftige Regengüsse und durch das infolge des milden Wetters eingetretene Schmelzen des Schnees hervorgerufen. Eisenbahnen und Telegraphenlinien sind vielfach beschädigt, der Verkehr erleidet große Verzögerungen oder ist eingestellt. Ein Zug der Harlem-Eisenbahn entgleiste, weil das Gleis weggeschwemmt war, drei Personen kamen dabei ums Leben. Zahlreiche Fabriken haben den Betrieb einstellen müssen. In Pittsburg (Mississippi) hat das Wasser die Höhe der zweiten Stockwerke der Häuser erreicht.

Giezen 2 Beilagen u. Unterhaltungsbillett.

Reichstag.

156. Sitzung vom Montag, den 3. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied: Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Nitzschow, v. Goltz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien. Die Beratung beginnt mit den „Einmaligen Ausgaben“. Gefordert werden in Zl. 1 „Ausgaben“ bei der Verwaltung des Reichsheeres:

- a) einmalige Kosten 950 000 M., b) laufende Kosten 24 900 000 M. Die Kommission beantragt zu bewilligen: a) einmalige Kosten 546 000 M., b) laufende Kosten 20 000 000 M.

Demnach empfiehlt die Kommission folgende Resolution: Die verbündeten Regierungen werden ermächtigt, aus den für die ostasiatische Expedition bewilligten Mitteln denjenigen Offizieren, Beamten und Mannschaften des Heeres und der Marine, welche an dieser Expedition beteiligt sind, Demobilisierungsgeld zu gewähren.

Abg. Frhr. v. Hertling (C.):

In der Kommission sind Besorgnisse laut geworden, als ob die in China verbleibenden Truppen möglicherweise den Keim zu späteren Verwicklungen und zu einer abenteuerlichen Weltpolitik werden könnten. Wir sind der Ansicht, daß ein Anlaß zu solchen Verwicklungen nicht vorliegt. Für die Richtigungen, die die Kommission vorschlägt, haben wir auch gestimmt, nicht etwa in der Meinung, als ob wir irgendwie der Leitung unserer auswärtigen Politik in die Arme fallen wollten, sondern nur in der Annahme, daß der Wunsch, unsere Truppen mögen keinen Tag länger in Ostasien bleiben, als nötig ist, auch der Wunsch der verbündeten Regierungen ist, und daß wir diesen Wunsch nur noch einmal ausdrücklich unterstreichen wollen. Ich wünsche, daß das Wort von der abenteuerlichen Weltpolitik endlich aufgegeben werde. Eine Politik, die sich in die Hände aller Welt einmischt, würde allerdings im ganzen Reichstag, sicher aber auch bei der Regierung keinen Verteidiger finden.

Allerdings kann Deutschland heute nicht mehr nur noch Ambosch sein, wie in früheren Jahrhunderten. Wir dürfen und den Aufgaben unserer anwachsenden Bevölkerung, unserer exportbedürftigen Industrie und unseres aufblühenden Handels nicht entgehen. Die Weltpolitik in diesem Sinne muß allerdings in denjenigen Grenzen gehalten werden, die eine sorgfältige Berücksichtigung der einheimischen Bedürfnisse und eine gewissenhafte Abwägung der einheimischen Hilfsquellen ihr zieht. Eine vollständige Zurückziehung der Besatzung in China erscheint mir jetzt noch nicht thunlich. Die Erschütterung des riesigen chinesischen Reiches war so stark, daß erst abgewartet werden muß, wann sich ruhige Zustände und eine Konsolidierung der Regierung wieder herstellen lassen werden. Die Erkennung des deutschen Militär-Befehlshabers in China, diese Frage sei keine rein militärische, sondern auch eine politische, ist durchaus zutreffend. Zunächst wird nur an eine Verringerung der fremden Besatzungen gedacht werden können, ehe eine völlige Verringerung derselben erfolgen kann. Die Regulierung des Weibo von Tsienjin müßte allerdings unter allen Umständen gesichert sein. Vielleicht kann seitens der Regierung schon heute ein Termin angegeben werden, bis zu welchem eine erhebliche Verringerung der deutschen Besatzungen Ostasiens ins Auge gefaßt werden kann. Ganz anders als in Tsienjin liegen die Verhältnisse in Shanghai. Unsere Besatzung dort sollte sich lediglich auf die Aufrechterhaltung der internationalen Verpflichtung, den Yangtsiekang dem europäischen Handel zu erschließen. Aber auch in Shanghai sollte die Besatzung keinen Tag länger bleiben als nötig ist, ein bestimmter Termin für die Zurückziehung der Besatzung dürfte indessen ebenfalls nicht angegeben werden können. — Was schließlich das englisch-japanische Abkommen betrifft, so bin ich der Meinung, daß dadurch unsere deutschen Interessen durchaus unberührt bleiben. Ich richte an den Reichskanzler die Anfrage, ob in absehbarer Zeit schon jetzt eine bedeutende Verringerung der ostasiatischen Besatzung in Aussicht genommen werden kann und welches seine Auffassung über das englisch-japanische Abkommen ist. (Beifall im Centrum.)

Die Beratung der Resolution wird auf Antrag des Referenten zu Titel 3 zurückgestellt.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag eingegangen sei, die Einnahmen des Etats für die ostasiatische Expedition zur erneuten Prüfung an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Vorredner meinte, Deutschland habe in früheren Zeiten immer die Rolle des Ambosch gespielt. Ich bestreite das, ebenso wie das Verlangen, daß wir jetzt lediglich die Funktion des Hammers übernehmen müßten. Es giebt doch eine Politik, die nicht darin besteht, zu schlagen, sondern vor allem, sich zu vertragen. Auf die Exportindustrie, die der Vorredner erwähnt, hat man früher viel mehr Rücksicht genommen als jetzt, wie der vorliegende Postarist-Einwurf beweist. Die Kriegsentfädigung Chinas ist bis jetzt schon vollständig aufgebraucht, und alles, was wir für die ostasiatische Brigade verwenden, muß entweder aus Anleihen oder aus Steuern gedeckt werden. Die Verringerung der Ausgaben für die Besatzungsbrigade um 4 000 000 M., die in der Kommission vorgenommen worden ist, entspringt allerdings dem Wunsche, die Besatzung möglichst zu vermindern, ohne daß wir eine sofortige Zurückziehung derselben fordern. Die Hauptfrage ist, ob die Besatzung der Provinz Petchili vermindert werden kann.

Unsere Besatzung ist zu groß im Verhältnis zu der Gesamtbesatzung.

Von der Kriegsentfädigung haben wir ein Häufel erhalten und dementsprechend müßten auch die Lasten der Aufrechterhaltung des Friedensvertrages nur zu einem Häufel auf uns fallen. In der That aber haben wir die größte Besatzung dort. Auch unsere Besatzung in Shanghai ist zu groß. Wohin sollten wir kommen, wenn wir überall, wo überseeische deutsche Interessen mitsprechen, solche militärischen Besatzungen hinstellen. Wieder sah man doch in der Schätzung des auswärtigen Handels die Aufgabe der Flotte, und eine Abteilung ist ja auch in der Nähe Shanghais stationiert. Die Schnelligkeit, mit der die Expedition nach Ostasien ausgerüstet wurde, war ja anzuerkennen, auf die Dauer aber widerspricht eine solche Detachierung dem Grundgedanken unseres Heereswesens, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, während solche Besatzungen auf die Dauer nur möglich sind auf Grundlage des Wehrwesens. Zu Bezug auf das englisch-japanische Abkommen laun ich mich durchaus meinem Vorredner anschließen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Haffe (noll.):

Wir haben keinen Anlaß, das englisch-japanische Abkommen unangenehm zu beurteilen. Wir müssen — darauf weist uns auch dieses Abkommen hin — in Bezug auf die ostasiatischen Verhältnisse zusammengehen mit unserem stillen Nachbar, mit Rußland. Dieser Vertrag wird Rußland zwingen, auf unabsehbare Zeit seine Aufmerksamkeit der Lage in Ostasien zuzuwenden und damit auf europäischen Abenteuer zu verzichten, auf die gewisse Strömungen in Rußland vielleicht hindrängen.

Das Ergebnis der ostasiatischen Expedition erblicke ich darin, daß Deutschland in Ostasien jetzt gleichberechtigt und gleichmächtig mit den andern Mächten dasteht. Unsere Besatzung in Petchili

kann nicht eher zurückgezogen werden, als bis die andern Mächte ihre Truppen gleichfalls zurückziehen. Besondere Interessen haben wir in Petchili nicht zu vertreten; es handelt sich nur um die Sicherung des Friedens und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Auch aus Shanghai können wir keinen einzigen Soldaten eher zurückziehen, als bis dies seitens der übrigen Mächte geschieht. Da aber die übrigen Mächte dies nicht thun werden, so werden wir uns, wenn gleich ungern, entschließen müssen, in Shanghai zu verbleiben. Abgeordneter Richter wünschte das Schlagwort der Weltpolitik ganz wieder aus der Diskussion beseitigt zu sehen. Das ist bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich. Zur Zeit Bismarcks sprach man von einem europäischen Konzert der Mächte, heute treten die außereuropäischen Nationen gleichberechtigt in die internationalen Beziehungen ein.

Reichskanzler Graf Bülow:

Durch das am 30. Januar zwischen England und Japan abgeschlossene Abkommen wird in der Haltung und Stellung der deutschen Politik, das ist mit Recht von den Vorrednern hervorgehoben worden — nichts geändert. Weder in China noch in Korea verfolgen wir irgend welche territorialen Zwecke. Wir haben in Ostasien lediglich das Interesse, in möglichst gesicherter Weise unseren Handel zu entwickeln; dagegen haben wir gar kein Interesse daran, uns in die Streitigkeiten und die Kämpfe um die politische Herrschaft über die Gebiete nördlich und östlich des Golfes von Petchili hineinziehen zu lassen. Wenn wir das thäten, so würden wir uns in Widerspruch setzen mit demjenigen Grundsatze hinsichtlich unserer chinesischen Politik und unseres Verhaltens in Ostasien, die ich wiederholt in diesem hohen Hause dargelegt habe und die ja auch heute die Zustimmung der Vorredner gefunden haben. Unsere Interessen sind, abgesehen von dem Schutze der in China lebenden deutschen Missionen — diesen Schutze betrachten wir nach wie vor als eine Ehrenpflicht, ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Das englisch-japanische Abkommen, welches, so weit wir seinen Inhalt kennen, sich die Erhaltung des status quo in Ostasien zur Aufgabe stellt, schädigt somit die deutschen Interessen in keiner Weise und in keinem Punkte. Die in diesem Abkommen zu Gunsten der Selbständigkeit und der Integrität des chinesischen Reiches enthaltenen Bestimmungen berühren Deutschland nicht. Deshalb haben wir, als uns nach dem Abschluß des Abkommens Kenntnis von dem Inhalt desselben gegeben wurde, erwidert, daß durch dieses Abkommen das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900 nicht berührt und folglich auch die deutschen Interessen nicht tangiert werden. Die zwischen Deutschland und England am 16. Oktober 1900 abgeschlossene Uebereinkunft, welche dem deutschen Handel und der deutschen Schifffahrt namentlich freien Zugang zum Gebiet des Yangtsi-Stromes sichert, unsere wirtschaftliche Gleichberechtigung im Halse des Yangtsi und an den Küsten des chinesischen Reiches den Grundsatze der offenen Thür zur Geltung bringt, bleibt unverändert in Kraft, ebenso wie die Feinderei zwischen dem Deutschen Reich und andern Mächten ausgetauschten Erklärungen, durch die das Prinzip der offenen Thür für China anerkannt wird, nach wie vor Geltung behalten.

Bei dem Anlaß, wie ich aber noch folgendes sagen. Englische Zeitungen, wie z. B. die „Times“, haben sich aus Peking telegraphisch lassen, daß wir auf Kosten anderer Länder Monopole und Ausschließungsrechte in Schantung anstrebten. Ich möchte keinen Augenblick vorübergehen lassen, dieser Ente so rasch als möglich den Hals umzudrehen. Deutschland verlangt auch in Schantung nur die offene Thür, d. h. dieselbe freie wirtschaftliche Betätigung, welche wir auch andern Ländern in Schantung und in allen übrigen Teilen des chinesischen Reiches nicht bestreiten. Wenn wir uns in Schantung für deutsche Unternehmungen von der chinesischen Regierung einige Eisenbahn- und Bergbau-Konzessionen erworben haben — das ist übrigens schon vor drei Jahren geschehen —, so haben wir damit nur dasselbe gethan, was auch andre Regierungen für ihre Staatsangehörigen und andre Teile des chinesischen Reichs gethan haben und zwar zum Teil in weit größerem Umfange und Maßstab als wir. Also von deutschen Ausschließungsrechten in Schantung ist gar keine Rede. Wir wollen in China überhaupt keine Extrawurst (weiter!) sondern nur die gleiche Nation, die auch andre in China haben wollen.

Noch eine Bemerkung hinsichtlich des englisch-japanischen Abkommens. Ich bin in der ausländischen Presse hier und da der Vermutung begegnet, daß Deutschland mitgewirkt habe bei den Verhandlungen, welche zum Abschluß des Abkommens geführt haben. Von einer solchen Einwirkung ist keine Rede. Nichts ist nur, daß sowohl die englische wie auch die japanische Regierung uns Kenntnis gegeben haben von dem Inhalt des Abkommens nach Abschluß desselben. Das war ein Beweis des Vertrauens, welches die deutsch-chinesische Politik dank ihrer durchaus friedlichen Ziele und Wege den übrigen Mächten einflößte. Deshalb haben wir für diese Mitteilung auf das Höflichste gedankt. Ich ionitriere aber, daß wir zwar vor der Veröffentlichung des englisch-japanischen Abkommens, dem 11. Februar, aber nicht vor seiner Unterzeichnung am 30. Januar Kenntnis von dem Inhalt des Abkommens gehabt haben, mit anderen Worten: wir haben die Geburtsanzeige erhalten und sofort erhalten, aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate gefanden und vollends hatten wir gar nichts mit der Vaterschaft zu thun. Ich sage das ohne jede Tendenz gegen das Abkommen, denn ich bin weit davon entfernt, die Bedeutung dieses Abkommens zu verringern. Es ist das erste Mal, daß ein hochbegabtes asiatisches Volk vollkommen gleichberechtigt in nahe Verbindung tritt mit einer europäischen Großmacht und deutlich tritt auch bei diesem Anlaß zu Tage, daß unsere Zeit im Zeichen der Weltpolitik steht, von der der Abg. Richter meint, daß sie keine Fundamentierung hätte. Auch Fürst Bismarck hat die Weltpolitik vorausgesehen und hat sie sogar eingeleitet. In ihr, wie in andern Beziehungen stehen wir, wie ich schon einmal sagte, auf neuen Schultern. Aber die Kreise, welche die Weltpolitik diesseits und jenseits des Weltmeeres gezogen hat, hätte man doch während der letzten Decennien seit dem achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kaum für möglich gehalten. Meine Auffassung der Weltpolitik hält ungefähr die Mitte zwischen der Definition des Abg. Richter und der des Abg. Haffe. (weiter!) Wenn Sie unter Weltpolitik die Tendenz verstehen, Hans Dampf in allen Gassen zu pfeifen, überall die Ringer hineinzuwerfen, a la Phobos sich ins Blaue zu verlieren, so bin ich kein Anhänger, sondern der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik.

Was wir darunter verstehen, ist, daß Deutschland bei der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse den größter und immer größer werdenden überseeischen Interessen gegenüber die Pflicht hat, diese Interessen zu schützen. Wir haben jetzt nicht mehr nur Interessen um unsere Oden herum, Interessen in der Nähe unsrer Struktums, sondern überall da, wohin deutscher Erwerbsfleiß und deutscher Handel gedungen ist, und da sind wir allerdings Anhänger jener Weltpolitik, welche die deutschen Interessen in allen Weltteilen in den Grenzen der Möglichkeit und der Vernunft schützt. Nun ist die Frage aufgeworfen worden, ob und in welchem Tempo die Besatzungsbrigade in China vermindert werden könnte. Das hängt von der internationalen Verständigung zwischen den in China engagierten Großmächten ab. Zwischen diesen Mächten wird gegenwärtig verhandelt über die Herabsetzung der Besatzungsdiffer von Tsienjin. Das hängt zusammen mit der Frage der Auflösung der provisorischen Regierung in Tsienjin und über diese Auflösung schweben diplomatische Verhandlungen, welche ihrem Abschluß entgegengehen scheinen. Was Deutschland angeht, so haben wir gar keine politischen Bedenken, weder gegen die Auflösung der provisorischen

Regierung in Tsienjin, noch gegen die Rückgabe von Tsienjin an die chinesische Regierung. In der ganzen Angelegenheit hat Deutschland nur das Interesse an der gesicherten Weiterführung der mit Energie und sichtlichem Erfolge von der provisorischen Regierung in Angriff genommenen Regulierung des Weibo-Flusses und der Offenhaltung der Verbindungen zwischen der Küste und der Befandtschaftsstände in Peking. Und deshalb hoffen wir, daß es gelingen wird, von der chinesischen Regierung eine ausreichende Garantie für die Regulierung des Weibo zu verlangen. Im übrigen wird die Befatzungsbrigade in China nicht einen Tag länger bleiben, als es politisch geboten ist. Auch die verbündeten Regierungen sind von dem Wunsche erfüllt, die finanziellen Kräfte des Reiches zu schonen und wir haben genügend bewiesen, daß wir uns in China nur soweit engagieren wollen, als dies mit den realen deutschen Interessen verträglich ist, aber wir bitten auch die Mittel zu gewähren, um unsere wirtschaftliche und politische Position in China auch weiter zu begründen. Ich darf bei diesem Anlaß vielleicht auch daran erinnern, daß die verbündeten Regierungen gegenüber manchen Zweifeln und manchen Bedenken auch den richtigen Augenblick gefunden haben, um unsere Expeditionscorps in China auf den nächsten Tag zu reduzieren. Wenn wir vor einem Jahre der in Deutschland grassierenden Chinamüdigkeit nachgegeben hätten und unsere Truppen vorzeitig aus China zurückgezogen hätten, dann würden wir damit andern nur eine vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit geboten haben, sich dort auf unsere Kosten bequemer zu betten. Wir würden durch einen solchen vorzeitig überführten Rückzug denjenigen gewiß einen großen Gefallen erweisen, die es überflüssig finden, daß Deutschland jetzt auch in überseeischen Fragen ein Wort mitspricht. Vom Standpunkt der deutschen Zukunft wäre ein solcher vorzeitiger Rückzug ein großer Fehler gewesen. Nachdem in China unsere Mission in allen wesentlichen Punkten erfüllt worden ist, sind unsere Truppen so optima gesta und unsere Schiffe nach der Heimat zurückgekehrt. Bis auf eine Brigade hat also Herr Richter seine Regionen wieder, die Missionen werden auch noch kommen. (weiter!) Ich habe schon früher erklärt, daß wir die ostasiatische Besatzungsbrigade auflösen oder zurückziehen werden, sobald dies die politischen Verhältnisse gestatten. Heute läßt es sich noch nicht übersehen, ob im kommenden Etatsjahre ein Teil der Besatzung entbehrlich sein wird und eine Verringerung unserer Truppen sich ermöglichen läßt, ohne unsere Position in China in unerwünschter Weise zu schwächen. Bei einem Vergleich mit den Besatzungscorps der andern Mächte darf doch auch nicht vergessen werden, daß England einen in der Nähe gelegenen Stützpunkt in Indien und Hongkong hat, die Franzosen in Tongking, die Russen in ihren Grenzprovinzen und die Japaner in ihrer Heimat, während wir einen solchen Stützpunkt für unsere Chinapolitik nicht haben. Wir müssen in China so stark sein, daß das, was durch das einträchtige Zusammenwirken aller Mächte erreicht worden ist, nicht gefährdet wird.

Endlich ist auch die Frage der deutschen Garnison in Shanghai berührt worden. Wir haben nach Shanghai eine Garnison verlegt nach englischem Vorgang, um an diesem wichtigsten chinesischen Handelsplatz die Verhältnisse der andern Mächte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Yangtsi-Fluß im Interesse der fremden Niederlassungen zu unterstützen, und um der guten Stimmung der im Hinterlande herrschenden chinesischen Bevölkerung einen Rückhalt zu gewähren. Ausdrücklich möchte ich sagen, daß dieses unser Vorgehen keine feindliche Spitze gegen irgend eine andre Macht hat; namentlich hat sich seiner Zeit England mit diesem Vorgehen durchaus einverstanden erklärt. Die guten Wirkungen der fremden Besatzungen in Shanghai um die Ruhe und Ordnung im Yangtsi-Flusse sind unverleugbar. Es würde gewagt sein, diese guten Wirkungen durch ein vorzeitiges Zurückziehen der Besatzung aufs Spiel zu setzen. Es empfiehlt sich meines Erachtens viel mehr, unsere Garnison vorläufig dort in Shanghai zu lassen. Von denselben Erwägungen wie wir werden offenbar die andern Mächte geleitet; auch sie werden wohl bis auf weiteres ihre Garnisonen in Shanghai lassen. Ich meine, was hinsichtlich der Sicherheit ihrer Handelsinteressen den andern Mächten recht ist, das ist auch uns in Ostasien, und speziell in Shanghai, billig. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soe.):

Aus den Worten des Reichskanzlers geht hervor, daß man die Entscheidung darüber, wann die ostasiatische Brigade zurückgezogen werden könne, nicht in die Hände des Reichstages, sondern in die des Reichskanzlers selbst zu legen wünscht. Die Stellungnahme des Reichskanzlers wird durch jene Politik bedingt, die man jetzt als Weltpolitik zu bezeichnen liebt, die nach den Erklärungen der Regierung durch die besondern agentenwärtigen Verhältnisse begründet sein soll. Der Reichskanzler wird aber immer in der Lage sein, aus den gerade bestehenden Verhältnissen die angebliche Notwendigkeit einer Weltpolitik zu begründen. Wir wissen ja, daß im Grunde diese Weltpolitik weder im Reichstag, noch im Bundesrat gemacht wird, sondern an einer andern Stelle.

Ueber das englisch-japanische Abkommen hat der Reichskanzler mit gutem Humor gesprochen. An vielen Stellen aber hat man den Eindruck gehabt, als ob bei diesem Abkommen die deutsche Politik eigentlich etwas über den Löffel barbiert worden wäre; indessen auch meine Freunde haben keinen Anlaß, in diesem Abkommen eine bedrohliche Erscheinung zu sehen. Wir ziehen eine Politik der friedlichen Verhältnisse einer solchen der kriegerischen Entscheidungen vor. Die Weltpolitik aber wolle Deutschland auch überall dort, wo keine deutschen Interessen zu schützen sind, in die Position zu bringen, ein entscheidendes Machtwort mitzusprechen. Der Reichskanzler meinte, sein jetziges Programm halte ungefähr die Mitte zwischen dem der Abg. Richter und Haffe. Wir können nur wünschen, daß er sich von den Anschauungen des Abg. Haffe möglichst weit entfernt. Herr Haffe möchte am liebsten die ostasiatische Brigade noch vergrößern. Gewiß muß Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen überall wahrnehmen. Aber es besteht doch ein Unterschied dazwischen, ob dort, wo in der That ernsthaft deutsche überseeische Interessen bedroht sind, den Deutschen durch die Fichte der notwendige Schutz gewährt wird, oder ob man das deutsche Interesse darin erblickt, überall in der Welt Militärstationen zu errichten. Nach unsren Anschauungen ist die deutsche ostasiatische Brigade nichts andres als der Anfang zu einer Kolonialarmee, die wir in China haben werden. (Sehr richtig! b. d. Soe.) Die Anschauung des Abg. Richter, daß diese Brigade auf die Dauer nicht aus Truppen des regulären Heeres erhalten werden kann, bestärkt mich in dieser Auffassung. Was giebt es aber Widerspruchsvolleres als diese andwärtige Politik des Deutschen Reiches im Hinblick auf die Postarist-Vorlage der verbündeten Regierungen. Auf der einen Seite giebt man Millionen und Abermillionen zum Schutze der deutschen Interessen im Auslande aus und auf der andern Seite umschließt man sich selbst mit einer chinesischen Mauer, so daß Handel und Industrie gar nicht in die Lage kommen können, jenen militärischen Schutz jemals anzurufen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokr.) Dieser Widerspruch bleibt auch nach der heutigen Rede des Reichskanzlers weiter bestehen. Ich bleibe auch heute noch dabei, daß die Verringerung „China-Abenteurer“ die richtige gewesen ist. Wir haben dies Abenteuer von vornherein verurteilt, und wir sind durch die Entwicklung der Dinge in dieser unsrer Auffassung nicht erschüttert worden. Die deutschen Steuerzahler sind es, die die Kosten dieses Abenteuers zu bestreiten haben, das außerdem schon so viele Menschenleben gelost hat. Eine solche Politik können wir nicht mitmachen. Wir werden die Ausgaben für die ostasiatische Brigade voll oder verfürzt auf alle Fälle ablehnen. Daß wir dem Absatze von

5 Millionen zustimmen werden, versteht sich von selbst; weil wir, wenn schon einmal die Mehrheit Mittel für solche Zwecke bewilligt, jedenfalls alle Anträge unterstützen werden, um diese Ausgaben zu verringern.

Ich möchte doch nicht die Anschauung aufkommen lassen, als ob die Politik, die der Reichskanzler heute vertreten hat, hier im Reichstage allgemein geteilt würde. Er meinte, der Abg. Richter habe seine Regionen wieder, und die Millionen würden auch noch kommen. Mir wäre es lieber, daß, wenn der Reichskanzler dazu in der Lage wäre, er die materielle persönliche Verpflichtung für die Wiederkehr der Millionen übernehme. (Sehr gut! links.) Das würde eine praktische Politik sein, als diejenige, die er in seinen Ausführungen vertreten hat. Man kann leicht die Hoffnung aussprechen, daß die Millionen wiederkommen würden; diese Hoffnung dient vielleicht dazu, die an sich schon bewilligungsbereiten Parteien dieses Hauses noch etwas bewilligungsbereiter zu machen; aber ernstlich wird der Reichskanzler kaum verlangen können, daß auch wir an die Wiederkehr der Millionen so sicher glauben, wie er es thut. Schon bei der zweiten Ratenzahlung der Kriegsschuldigung sollen sich Schwierigkeiten herausgestellt haben; wie es bei den anderen Raten gehen wird, wissen wir noch nicht. Es liegen aber keine Anhaltspunkte vor, daß die Verhältnisse in China sich bald so konsolidieren werden, daß wir große Hoffnungen hegen dürften. Für die gegenwärtige Lage der deutschen Finanzpolitik gilt das Sprichwort von dem Sperling in der Hand und der Taube auf dem Dache. Mir ist jede Million Ersparnis in diesem Etat wertvoller, als die Zusage des Reichskanzlers auf eine mögliche Wiederkehr der vielen in China aufgewandten Millionen. Da die Mehrheit sich leider noch nicht entschließen wird, die Aufrechterhaltung der ostasiatischen Brigade durch Verweigerung der Mittel unmöglich zu machen, so werden wir dem von der Kommissionmehrheit beantragten Abstrich der 5 Millionen zustimmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frese (fr. Bg.): Was den englisch-japanischen Vertrag anlangt, so haben wir nicht nötig, irgendwie in die Front zu treten, sondern wir können ruhig abwarten, wie weit es England und Japan gelingen wird, Auflands Eindringen in den Norden Chinas abzuwehren. Dem Abstrich von 4 900 000 M. von den Ausgaben für die ostasiatische Brigade werden meine politischen Freunde zustimmen. Allerdings sehen wir nicht ein, daß de facto etwas besonders Großes mit diesem Abstrich erreicht würde. Wenn die Ausgaben trotz des Abstriches notwendig werden, so würde uns eben die Regierung mit der Bitte um Nachbewilligung kommen.

Damit schließt die Debatte. Tit. 1 wird nach dem Kommissionsbeschluss bewilligt, der Abstrich von 4 900 000 M. also genehmigt.

Tit. 2 wird debattelos nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Zu Tit. 3 werden als außerordentliche Mehrkosten der auf der ostasiatischen Station befindlichen Schiffe und Demobilisierungsgeld 1 Million gefordert.

Die Kommission beantragt Streichung des Titels und Annahme der vorhin erwähnten Resolution.

Das Haus beschließt debattelos demgemäß.

Der Rest der einmaligen Ausgaben wird debattelos bewilligt.

Die Einnahmen werden gemäß dem Antrage Sped an die Budgetkommission verwiesen.

Damit ist der Etat erledigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Die Beratung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben, Titel Staatssekretär.

Hierzu liegt folgende Resolution Abrecht und Genossen (S.) vor: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die aus Veling mitgeführten astronomischen Instrumente nach Peking zurückzuschaffen und zur Verfügung der chinesischen Regierung stellen zu lassen.

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Im Vordergrund des Interesses steht gegenwärtig in unserer auswärtigen Politik die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika, die ja auf eine persönliche Initiative des Kaisers zurückzuführen ist. Wir können das Auswärtige Amt zu dieser Reise nur beglückwünschen, sie wird als erwünschte Frucht die Stärkung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Nordamerika zeitigen. Freilich möchte ich zwei Illusionen schon von vornherein zurückweisen. Erstens werden die Deutschen in Amerika niemals dazu kommen können, eine nationale Einheit zu bilden, und zweitens wird auch die politische Freundschaft nicht davon abhalten dürfen, auf wirtschaftlichem Gebiete uns gegen Amerika zu wehren; unsere nationalen Egoismen werden wir auch weiterhin gegen Amerika nicht aufgeben dürfen.

Redner befaßt sich des Weiteren auf Grund einiger Fälle über mangelhaften Schutz von Deutschen im Ausland und wünscht Vermehrung der Berufsconsulate im Ausland.

Staatssekretär **Herr v. Richthofen** geht auf die von dem Vordredner angeführten Fälle ein und weist darauf hin, daß die Zahl der Berufsconsulate ständig vermehrt werde.

Abg. Münch-Herber (natl.): Der Reichstag hat einstimmig die Errichtung von deutschen Handelskammern im Ausland verlangt, der Herr Reichskanzler hat aber unsere Wünsche in dieser Richtung nicht berücksichtigt. Ich werde daher die seiner Zeit angenommene Resolution bei der dritten Lesung wieder einbringen.

Staatssekretär **Herr v. Richthofen** betont demgegenüber, daß durchaus nicht in allen betingten Kreisen Uebereinstimmung über den Wert solcher Handelskammern herrsche.

Abg. Gradnauer (Soc.):

Auf die Zukunftsphantasien des Herrn Haffe und auf die Einzelheiten des Konsulatswesens will ich nicht eingehen, sondern vielmehr einige andre Angelegenheiten besprechen. Nur die einleitenden Worte des Herrn Haffe nötigen mich zu einer kurzen Erwiderung. Der große Englandhasser erhoffte von der Reise des Prinzen Heinrich eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Ich halte es für eine naive Auffassung, wenn man meint, daß durch solche Reisen von Monarchen oder ihren Angehörigen, mögen sie mit noch so viel Kellern im Wert gesetzt werden, die Beziehungen von Nationen verändert werden können. Vielmehr bin ich der Ansicht, daß diese Art Reisepolitik zu machen, bei uns in einer Weise überhand genommen hat, daß der Reichstag viel besser thäte, dagegen Stellung zu nehmen, als ihr eine Art Huldigung entgegen zu bringen. Durch solche Ausflüge, mögen sie mit noch so viel byzantinischer Begeisterung aufgenommen werden, wird an den internationalen Beziehungen doch nichts geändert. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika hängen von ganz andren Dingen ab, z. B. ist gerade die jetzige Zollpolitik geeignet, uns gegenüber Amerika in eine schwierige Lage zu bringen. Und da kam eine Reise des Prinzen Heinrich nichts ändern. Es scheint mir überhaupt nicht sehr würdig, daß man bald bei dieser, bald bei jener Gelegenheit an die andren Nationen mit einer Art Ausdruckslosigkeit sich wendet. Gerade Herr Haffe, der ja auch ein Freund der Boeren ist, sollte wissen, daß dynastische freundschaftliche Beziehungen auf die kulturellen Interessen des Volkes nicht einen deutlichen Einfluß haben, ich hätte vielmehr erwartet, daß Herr Haffe bei diesem Staatsittel auf die südafrikanische Frage eingegangen wäre. Diese Frage gründlich und bis auf den Kern zu verfolgen, wäre direkt eine Pflicht des Reichstags. Wenn man die verschiedenen Ausführungen der Parteivertreter, die über diese Frage bis jetzt gesprochen haben, verfolgt, so handelt es sich lediglich um eine Verletzung der Neutralität, um die Schädigung des deutschen Missionswesens und darum, ob sich die englische Regierung bereit finden lassen würde, Hilfsmittel in die Konzentrationslager zu schicken. Ich bin gewiß kein Englandhasser, bin aber doch der Meinung, daß in Südafrika Dinge geschehen sind, die von dieser Kritik keineswegs genügend getroffen werden. Ein Redner der rechtskonservativen Partei meinte nentlich,

wenn die Regierung dafür sorgen würde, daß einem deutschen Hilfskomitee Gelegenheit geboten würde, in die Konzentrationslager zu gehen, so würde dadurch Verührung im deutschen Volk eintreten. Ich kann es nicht verstehen, wie man gegenüber den dortigen Vorkommnissen, besonders gegenüber der Haltung, die die deutsche Regierung zu den Vorkommnissen fortgesetzt eingenommen hat, davon sprechen kann, man wolle eine gewisse Verührung in das Volk bringen. Diesen Dingen gegenüber wäre es Pflicht, Unruhe und Empörung im Volke zu erwecken.

Graf **Willow** hat im März 1900, als er auf die socialdemokratische Interpellation über die Haager Konferenz erwiderte, einen Circularerlaß mitgeteilt, dessen Schlussworte lauten: „Wir haben unsere Haltung auf der Haager Konferenz so eingerichtet, daß Deutschland niemals feilscht, wo es sich um Humanität und Frieden handelt.“ Entspricht aber etwa die Haltung der deutschen Regierung zu südafrikanischen Kriegen diesen Worten? Muß wir der Reichskanzler nicht selbst zugeben, daß Deutschland vielmehr eine Haltung eingenommen hat, die seine damalige Stellung geradezu als eine Unwahrheit erscheinen lassen muß? Die Erklärung, die Graf Willow im Dezember 1900 hier abgegeben hat, hat große Kreise des Volkes, auch die boerenfreundlichen Kreise, in ihren Bann gezogen, meines Erachtens vollständig mit Unrecht. Der Reichskanzler machte damals den völkerrechtlichen Unterschied zwischen einer Mediation und einer Intervention. Er sagte: Eine Mediation, eine Friedensvermittlung zwischen England und den Boeren sei unmöglich, weil eine solche voraussetzt, daß beide Teile diese Vermittlung annehmen. Wenn nur ein Teil dieses Einschreiten wünscht, handelt es sich nur um eine Intervention. Eine solche Intervention Deutschlands ist aber aus bestimmten Gründen unmöglich. Diese völkerrechtliche Auffassung hat der ganzen Stellungnahme auch des Reichstags zum Boerenkrieg das Gepräge gegeben. Auch die Parteien, die die Boeren sehr beklagt haben, haben aus ihrer boerenfreundlichen Stellung niemals die nötigen Konsequenzen gezogen, die ich meinerseits ziehe. Die Auffassung des Reichskanzlers über Mediation und Intervention war schon damals unrichtig. Die Bestimmungen der Haager Konferenz, die damals auch bereits von Deutschland unterzeichnet worden waren, widersprechen seinen Ausführungen. Es möchte ja heute wie ein Hohn klingen, wenn ich an die pompöse Inszenierung dieser Konferenz heute erinnern wollte. Wo sind in den letzten Jahren irgend welche Tendenzen zur Aufrechterhaltung des Friedens in den kapitalistisch regierten Ländern hervorgetreten? In dem Abschnitt der Haager Konferenzakten, der über die guten Dienste und über die Vermittlung handelt, ist keine Rede davon, daß eine Mediation von beiden streitenden Parteien acceptiert werden müßte; sie braucht nicht einmal von einem Teil acceptiert zu werden. Jede Vertragsmacht hat das Recht, aus eigenem Interesse am Weltfrieden eine teilweise Macht in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Verhalten gegen die Bestimmungen der Konferenz verstoße. Es steht danach, nach dem rein völkerrechtlichen Standpunkt, auch heute einer solchen Mediation nicht das geringste im Wege, obwohl die englische Regierung erklärt hat, sie werde eine Intervention nicht dulden. Man hat in Bezug auf diese Angelegenheit ein Gefühl der Abstumpfung im deutschen Volke erzeugt. Man glaubt mit ein paar schwächlichen Bemerkungen seine Schuldigkeit getan zu haben. Aber der Boerenkrieg ist noch nicht zu Ende. Die Boeren haben gerade in neuester Zeit den Engländern sehr böse Schläppen beigebracht. Es ist darum noch heute ebenso wie damals die Pflicht jeder Partei, die für das Völkerrecht ein Empfinden hat, die deutsche Regierung auf den von mir bezeichneten Weg zu weisen. Der Reichskanzler hat ja auch niemals klar gelegt, warum es denn eigentlich so furchtbar schwierig sei und worin denn die große Gefahr bestehe, die eine Einmischung in diese Dinge unmöglich machen. Der Kanzler hat sich, wie meist in solchen Fällen, in diplomatische Geheimnisse gehüllt. Die Regierung pflegt sich immer dann in den Mantel des Geheimnisses zu hüllen, wenn es ihr un bequem ist, über irgend etwas Aufschluß zu geben. In Wirklichkeit muß man zu der Schlussfolgerung kommen, daß in gewissen Kreisen keine Reue gegen die holländische Ministerpräsident hat im Dezember vorigen Jahres einem Journalisten erklärt: „Was soll man thun? Die Hölle und die Aristokratien Europas sind alle englandfreundlich. Diese Worte bezeichnen die Sachlage treffend. Wir stehen doch mit England angeblich in den vorzüglichsten Beziehungen. Dann kam doch eine freundschaftliche Einmischung, wie sie auch von Seiten der Vereinigten Staaten und Hollands bereits geschehen ist, nicht unmöglich sein? Freilich sind die Unternehmungen dieser beiden Staaten ohne Erfolg geblieben. Aber das deutsche Volk würde dem Grafen Willow eine Erfolglosigkeit bei einem solchen menschenfreundlichen Schritte gern verzeihen. Der Reichskanzler hat ja in seiner diplomatischen Karriere genug andre Erfolglosigkeiten auszuweisen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die Beleidigungen, die ihm widerfahren sind, indem die englische Regierung sich nach seinen gegen die Rede Chamberlains gerichteten Ausführungen im Reichstage mit den Anfechtungen Chamberlains solidarisch erklärte, bedeuten wohl einen Misserfolg, wie er einem Diplomaten wohl selten passiert ist. Ich glaube auch nicht, daß ein solcher Schritt des Reichskanzlers erfolglos sein würde. Wenn mehrere Staaten England gegenüber in gleicher Weise ihre Anschauungen geltend machten, würde dies seinen Eindruck nicht verfehlen. Der Reichskanzler hat nun darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger vom Jahre 1896 Frankreich beabsichtigt habe, die Freundschaft zwischen Deutschland und England dazu zu benutzen, um sich England zu nähern und es auf Seiten des Zweifeldes zu ziehen. Man hat in Frankreich stets diese Auffassung bestritten, aber seit 1896 hat sich die Situation in Frankreich stark verändert. Wir wollen der deutschen Regierung keine Schwierigkeiten gegenüber England machen, wir wünschen mit England die besten Beziehungen, aber ein solcher Versuch einer freundschaftlichen Vermittlung würde auch keine Entfremdung mit England bedeuten. Die maßgebenden Parteien dieses Hauses hätten sich ihre Klage lieber über den südafrikanischen Krieg äußern können. Ihr Verhalten zeigt, wie wenig Ernst es ihnen mit der Aufrechterhaltung des Völkerrechts ist.

Ich möchte ferner auf einige Vorkommnisse eingehen, zu denen die englische Kriegsführung in Südafrika geführt hat. Wir haben ein völkerrechtliches Interesse daran, diese Dinge hier zu behandeln. Das Völkerrecht ist eine zarte Blüte der Zivilisation, es giebt keine Exekutivgewalt zu seiner Aufrechterhaltung. Wenn jetzt nichts zur Aufrechterhaltung des Völkerrechts geschieht, muß allerdings die Bevölkerung zu der Ansicht kommen, daß die Haager Friedensakte vollständig nichtig ist und daß die socialdemokratische Kritik die wenigstens einige Fortschritte darin anerkennt, noch viel zu milde war. Ich halte es für notwendig, daß diese Dinge bei uns öffentlich zur Sprache kommen und will Ihnen daher einige der wichtigsten Vorkommnisse in Südafrika, durch die das Völkerrecht von Seiten der Engländer verletzt ist, vorführen. So haben Proklamationen englischer Generale allen Boeren, die nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Waffen niederlegten, mit Konfiskation des Eigentums gedroht. Das widerspricht offensichtlich dem Artikel 46 der Haager Konvention, der ausdrücklich erklärt, das Privatvermögen der Bürger soll geschont werden und darf nicht einbezogen werden. Ebenso völkerrechtswidrig und zwar im Widerspruch zu Artikel 45 der Haager Konvention war die Aufrechterhaltung des Treueides den Gefangenen gegenüber. Man hat das damit zu entschuldigen gesucht, daß man sagte, es handelt sich nicht um Occupationen, sondern um ein Gebiet, das bereits der Annexion verfallen war, indem man also taufschpielerartig die Boeren einfach zu Unterthanen der Engländer machte. Man kann aber doch nicht Staaten als annektriert betrachten, wenn man ihre Hauptstädte noch nicht erobert hat und wenn ihre Armeen

noch im Felde stehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Alle diese Nachrichten beruhen nicht etwa auf Zeitungs-Mitteilungen, sondern sind auf Grund der englischen Blaubücher wiedergegeben. In einer andren Proklamation heißt es: wenn eine Schädigung einer Eisenbahn oder Telegraphenlinie in den Transvaal oder einem Teil der militärischen Operationsphäre erfolgt, so sollen die leitenden Persönlichkeiten der Orte des betreffenden Distriktes jeder für sich und alle gegenseitig für den Schaden haftbar gemacht werden. Die Häuser und Farmen in der Umgegend sollen zerstört und die angehörenden Persönlichkeiten nach Kriegrecht verurteilt werden. In dem Waband vom 14. Januar 1901 sind 634 Farmen angegeben, die auf Grund derartiger Proklamationen englischer Generale zerstört wurden. Solche Völkerrechtswidrigkeiten dauern bis auf den heutigen Tag fort. Die ganze Einrichtung der Konzentrationslager ist ebenfalls eine Völkerrechtswidrigkeit. Sie sind nicht Zustichtsstätten, sondern unerbittliche Hilfsmittel, um die Boeren zur Ergebung zu zwingen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ebenso völkerrechtswidrig ist die Proklamation des Lord Ritzener vom 7. August v. J., die den Kommandanten usw. der Boeren, die nach dem 15. September noch Widerstand leisten, für immer Verbannung aus Afrika anordnet. Das widerspricht dem Art. 20 der Haager Konvention, in dem es heißt, nach dem Friedensschluß sollen Kriegsgefangene binnen kürzester Frist in die Heimat entlassen werden. Die Engländer ziehen es ja auch vor, die Leute gar nicht erst gefangen zu nehmen, sondern sofort kriegsgerichtlich zu erschießen; während man es sonst für eine Ehrenpflicht hielt, die Führer tapferer Armeen als Ehrenmänner zu behandeln, sind von den Engländern eine Reihe der tapfersten Kommandanten der Boeren erschossen worden. Alle diese Völkerrechtswidrigkeiten geschehen, ohne daß die andren Regierungen den Mut finden, ein offizielles Wort gegen den Reich des Haager Abkommens einzulegen. Meine Partei hat allerdings das Recht, auf das allerhöchste diese englische Kriegsführung zu brandmarken. Wir sind keine Englandhasser und werden auch nicht von blinder Sympathie für die Boeren geleitet; wir verlieren unsere Hochachtung vor dem großen englischen Volke nicht, weil wir auch Achtung haben vor der heldenmütigen Tapferkeit der Boeren, aber uns giebt die Thatsache Recht, daß wir dieselbe Politik geübt haben, wenn in unserem eignen Lande ähnliche Dinge vorgekommen sind. Für die Regierung freilich mag es nicht leicht sein, hier etwas zu thun, denn sie hat ja im chinesischen Kriege auch die Haager Bestimmungen nicht innegehalten, keineswegs aber kann sie sich damit entschuldigen, daß sie etwa über die Vorkommnisse in Südafrika nicht genügend unterrichtet sei. Sie ist offiziell aufmerksam gemacht worden auf diese Völkerrechtswidrigkeiten in einem Schreiben des Bevollmächtigten der beiden südafrikanischen Republiken an den Haag, durch welche diese einen Schiedspruch herbeiführen wollten, der allerdings nicht zu stande kommen konnte, da England nichts davon wissen wollte. Der Reichskanzler ist also von den Vorkommnissen unterrichtet und ich möchte ihn fragen, wie kommt er dazu, sich solchen Mitteilungen gegenüber stillschweigend zu verhalten und wie denkt er über diese Verletzung bestehender Verträge? Ich halte es für eine Pflicht des Reichstages, zu verlangen, daß die Regierung sich über diese Dinge äußere.

Noch ein Wort zu einer ganz andren Angelegenheit, die den Reichstag kaum je ausföhrlich beschäftigt hat, die zu beleuchten mir aber eine moralische Ehrenpflicht dieses Hauses erscheint. Es handelt sich um die Nachrichten, die in neuester Zeit wieder über die Behandlung der Armenier in der Türkei nach Deutschland gelangt sind. Als im Jahre 1894 die europäische Aufmerksamkeit auf die blutigen Vorgänge in Armenien gelenkt wurde, herrschte allgemein großes Entsetzen und England sowie Rußland richteten demselben ein Memorandum an die türkische Regierung, in dem sie dieselbe zur Abstellung der dort vorgekommenen furchtbaren Massaker und Greuel aufforderten. Die türkische Regierung hat jenes Memorandum auch angenommen, leider aber ist von einer Bewirkung ihrer Versprechungen nicht die Rede. Seit Jahren und in steigendem Maße in letzter Zeit hören wir wieder von furchtbaren Verwüstungen und Mordthaten unter den Armeniern. Die Ursache liegt nicht nur in der Rassen- und Religionsverschiedenheit der Türken und Armenier, sondern auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete. Die armenische Bevölkerung neigt europaischen Einrichtungen zu und ist eine gewedete, lebhaft vorwärts strebende Bevölkerung, die sich von den vielfach verrotteten Zuständen der Türkei abzuwenden sucht. In Armenien herrscht jetzt ein Zustand allgemeiner Rechtslosigkeit, fortgesetzt finden ungeredete Einleerungen statt. Ganze Dörfer werden verbrannt, Frauen und Kinder nicht gespart. Diese Nachrichten sind auch nicht unbeglaubt, sie haben die Bestätigung gefunden in den Ausführungen des französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé vom 5. November vorigen Jahres. In der Türkei ist keine Instanz vorhanden, die fähig wäre, Besserung zu schaffen; Bischöfe und Geistliche dürfen es nicht wagen, Beschwerden an die Regierung zu bringen. Jeder armenische Beschwerdeführer wird als Hochverräter bestraft. Auch das armenische Patriarchat in Konstantinopel ist vollkommen ohnmächtig. Ich frage daher den Herrn Reichskanzler, ob er über diese Dinge unterrichtet ist und ob nicht die deutsche Regierung, wie die andren, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, dazu Stellung nehmen wollen; besonders Deutschland hat die Pflicht dazu, denn der deutsche Kaiser hat erst vor kurzem von den besonders freundschaftlichen Beziehungen gesprochen, die wir zur Türkei haben. Er hat betont, daß Deutsche und Türken, obgleich verschiedener Abstammung und verschiedener Glaubens, doch recht gute Freunde sein können. Wenn das unsere Beziehungen zur Türkei sind, so ist es unsre besondere Pflicht, darüber zu wachen, daß die Schutzbestimmungen im Interesse der Armenier zur Ausführung gelangen.

Zum Schluß meiner Ausführungen wende ich mich unsrer Resolution über die Peking astronomischen Instrumente zu. Die Regierung hat die Zwecklosigkeit der hier vorhandenen Rechtslage dadurch anerkannt, daß sie der chinesischen Regierung die Instrumente wieder zur Verfügung gestellt hat. Die Frage kann nur die sein, ob der Verzicht, den die chinesische Regierung nach der „Kordd. Adgem. Ztg.“ ausgesprochen hat, uns wirklich berechtigt, die Instrumente zu behalten. Nach der „Kordd. Adgem. Ztg.“ soll die chinesische Regierung diesen Verzicht mit der Höhe der Rücktransportkosten begründet haben. Ich habe mich gewundert, über die Ratweil, mit der das offiziöse Blatt diesen Grund dem deutschen Volke mitgeteilt hat. Die Chinesen werden vielmehr gesagt haben: „Behaltet die Instrumente nur als Denkmäler der Schande!“

Präsident **Graf Ballestrem** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, der Ausdruck „Denkmäler der Schande“, auf eine That der deutschen Regierung angewandt, verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gradnauer (fortfahrend):

Dieser sogenannte Verzicht der chinesischen Regierung scheint mir den begangenen Verstoß gegen das Völkerrecht in keiner Weise ungeschehen zu machen. Ein Staatsanwalt würde sich durch einen solchen Verzicht nicht abhalten lassen, den betreffenden Verbrecher seiner Strafe zuzuföhren. Die Verpflichtung gegen uns selbst sollte uns zwingen, das geschehene Unrecht wieder gut zu machen. Hat man nicht seiner Zeit die Begehung der Victoria auf dem Brandenburger Thor durch Napoleon I. als „Raub“ bezeichnet? Deutsche Historiker, unter ihnen Treitschke, haben die Vernichtung des Urteils über die Begehung gefehlt. Die Völkerrechtswissenschaft ist einzig darüber, daß eine solche Mitnahme von Gegenständen der Kunst und Wissenschaft unzulässig ist. Wenn wir jetzt die Instrumente zurückgeben, wird das für uns bei allen anständigen Leuten nur ein Ehrentitel sein. Wie kommt es, daß die astronomischen Instrumente gerade im Part von Sandsonel an-

gefielt worden sind? Wie kamen diese angeblich als Kriegsbeute beschlagnahmten Gegenstände gerade nach Sanssouci, also, wie es scheint, in den Privatbesitz einer Persönlichkeit? Im Etat findet sich eine allerdings sehr geringe Einnahme-Summe für den Verkauf von Kriegsbeute. Wo sind denn diese astronomischen Instrumente eigentlich verrechnet worden? Sie müßten doch mindestens berechnet werden bei den Geldern, die China an Deutschland schuldet. Nicht anders wie mit den Instrumenten steht es mit der Fortführung von alchimieischen Broncekanonen, die in keiner Weise mehr als Kriegsmaterial dienen konnten. Ich glaube, ein großer Teil dieser Kanonen ist im Berliner Zeughaus aufgestellt worden, und auch die übrigen Bundesstaaten haben jedenfalls ihren Anteil an dieser ehrenvollen Beute bekommen. Auch diese Beute sollte aus Deutschland weggeschafft werden.

Wir sehen heute, wie das mühsam aufgebaute Werk des Völkerrichts überall den schlimmsten Verletzungen ausgesetzt ist. Es ist eine hohe Pflicht des Reichstags, daß eine so flagrante und unbestreitbare Völkerrechtsverletzung aus der Welt geschafft wird. Ich erlaube dem Reichstag, sich nicht der Teilnahme an einer derartigen offenkundigen Rechtsverletzung schuldig zu machen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

Ich muß meinem Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, in der der Vorredner sich ausgesprochen hat über die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika. Aber den Empfang, den das amerikanische Volk dem Prinzen bereitet hat und über unsere Beziehungen zu Amerika. Das war um so bedauerlicher im Hinblick auf die schöne Aufnahme, die der deutsche Prinz bei dem amerikanischen Volk gefunden hat. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Dr. Hasse hat in zutreffender Weise hervorgehoben, daß die Reise des Prinzen Heinrich gar keine bestimmten politischen Zwecke verfolgte. Der Zweck aber, den wir verfolgen und den wir mit großem Ernst anstreben, ist die Aufrechterhaltung der traditionellen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, wie sie bestehen seit den Tagen des großen Friedrich und des großen Washington. Das deutsche und das amerikanische Volk haben allen Grund, sich gegenseitig zu achten; sie haben gar keinen Anlaß, sich zu verfeinden oder zu streiten, sondern alles Interesse, auf der Grundlage voller Gegen-

seitigkeit in Freundschaft mit einander zu leben. Auch in der fernsten Zukunft steht mein Auge keinen Punkt, wo die politischen Wege des deutschen und des amerikanischen Volkes sich durchkreuzen müßten. (Bravo! rechts.) Das deutsche Volk verfolgt mit lebhafter Befriedigung die gästrische und ritterliche Aufnahme, die das amerikanische Volk dem Bruder des deutschen Kaisers bereitet. (Bravo! rechts.)

Kun hat Abg. Gradnauer mit sehr großem Pathos die Angelegenheit der Pelinger astronomischen Instrumente behandelt. Bei diesem Anlaß trat wieder zu Tage, daß Herr Gradnauer und seine Freunde wirklich chinesischer sind als die Chinesen. (Heiterkeit und sehr richtig! rechts.) Wenn die Chinesen so chauvinistisch wären, wie Herr Gradnauer für die Chinesen chauvinistisch ist, so würden wir den Krieg mit China noch gar nicht haben. (Soll wohl heißen: „beendigt haben.“ — Juraus des Abg. Dr. Gradnauer.) Ich habe Herrn Gradnauer nicht ein einziges Mal unterbrochen, weder durch Lachen noch sonstwie, nur würde ich sehr dankbar sein, wenn man auch mich nicht unterbräche. Die Frage der Zurücksendung der astronomischen Instrumente ist auch von uns erwogen worden, nachdem die Ankunst der Instrumente bekannt geworden war. Nach eingehender Erwägung haben wir von dieser Rücksendung Abstand genommen, einmal deshalb, weil die chinesische Regierung ihrerseits uns gegenüber auf den weiteren Fortbestand dieser Instrumente gar keinen Wert gelegt, sondern uns dieselben vielmehr bei der ersten Erwiderung der Frage sogleich förmlich zur vollen Verfügung gestellt hat. Volenti non fit injuria! Ferner aber würde bei den eigenartigen Anschauungen des chinesischen Volkes, wenn wir die Instrumente zurückgeschickt hätten, die große Masse der chinesischen Bevölkerung angenommen haben, das Geschehe auf den Befehl der chinesischen Regierung, was natürlich unserer Stellung in Ostasien nicht förderlich gewesen wäre. (Lachen links.) Wenn wir jetzt die Instrumente zurückschickten, so würde zweifellos die Kaiserin-Witwe von China, die eine sehr intelligente Dame ist (Heiterkeit), bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse sich höchst verärgert fühlen (Lachen bei den Sozialdemokraten), während die Masse des chinesischen Volkes glauben würde, daß wir eine furchtbare Niederlage erlitten hätten. Nun sind diese Instrumente unter voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unseren Besitz übergegangen. Damit fallen sie in die Kategorie derjenigen Geschenke von Regierung an Regierung,

wie sie europäischerseits auch gegenüber China seit langem üblich sind. (Juraus bei den Sozialdemokraten: Recht! richtige Geschenke!) Präsident Graf Bismarck: Ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen.

Reichskanzler Graf Bismarck (fortfahrend): Nun hat Abgeordneter Gradnauer uns weiter vorgeworfen, unsre passives, d. h. unsre neutrale Haltung zum südafrikanischen Kriege.

Zweierlei Möglichkeiten des Einwirkens auf England bezüglich des Borenerkrieges waren gegeben. Erstens die Anrufung des Haager Kriminaltribunals. Eine solche Anrufung ist seitens der Borener erfolgt. Sie hätte bei der Konstruktion des Haager Vertragswerkes, das leider nicht zu ändern ist, keinen Erfolg. Der zweite Weg war der der Mediation. Eine Mediation untreue hätte heute ebensowenig Erfolg, wie sie ihn früher gehabt hätte. Ich brauche nur an die Antwort zu erinnern, die England auf die von den edelsten Motiven hervorgeragene Mediation der holländischen Regierung gegeben hat. Von keiner anderen Macht ist gegen den Krieg und das Verhalten Englands irgend welcher Einspruch erhoben worden. Wir haben keinen Anlaß, in dieser Frage eine führende Rolle zu übernehmen. Praktisch schlugen solche Dinge oft sehr zum Schaden aus. Ich erinnere an Vorgehen aus dem zweiten französischen Kriege. Der Abgeordnete Gradnauer hat in seiner Ausführungen geradezu einer Weltpolitik à outrance das Wort geredet. Wenn es nach ihm ginge, müßten wir unsre Finger in jede Ritze stecken und gegen jede Windmühle losgehen, die uns nicht gefällt. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Dann hätten wir uns nicht nur in die südafrikanische Angelegenheit, sondern auch in die armenischen Wirren und sogar in den philippinischen Streit einzumischen müssen. Wir wollen aber nicht Hand Dampf in allen Gassen sein. (Beifall rechts! Lachen links.)

Ich glaube der Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses sicher zu sein, wenn ich es ablehne, noch einmal auf die Chamberlain-Affaire einzugehen. Ich habe mich nicht geheut, der Äußerung des englischen Kolonialministers entgegenzutreten, die den ganzen Streit entfacht hat. Ein Beitreten dieser Äußerung halte ich aber nicht für im Interesse des deutschen Volkes liegend. Ich habe von meinen damaligen Äußerungen nichts zurückzunehmen, will aber auch nichts weiter hinzufügen. (Lebhafter Beifall rechts.) (Schluß im Hauptblatt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 4. März.
Opernhaus. Die Summe von Portici. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Familie Fourchambault. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lesing. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Ein galanter Richter. Vorher: Mein Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Feig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Im Brunnen. Hierauf: Der Ruh. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Der Ellencrems Bunte Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Heberdrell). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus. Zwischenstücke. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süßen. Der Herr von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Obersteiger. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cryphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Re feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cassio. Lustige Brüder. Ehrlos. — Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Wellenfeder. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Vanopistum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Hronis. Landwehrstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hofaal um 8 Uhr: Moderne Luftschiffahrt. Invalldenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.
Schauspiel in 5 Akten von G. Kugler, a. d. Französl. überf. von R. Wödenfeld.
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Jongleur.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Revisor.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernest Guinot. Musik von Jean Wilbert.
Mittwoch: Das Jungfernstift. — Donnerstag: Preciosa. — Freitag: Gasparene. — Sonnabend: Das Jungfernstift. — Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Max und Moritz. — Sonntagnachmittag: Cidella. — Sonntagabend: Gasparene.

Central-Theater.

Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt. Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: halbe Preise, jeder Fremde hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den sieben Zwergen.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Abends 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm u. G. Guido Thielicher, Gerda Walbe, Helmerding, Baumüller, Wolf, Bannovins. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“
Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr.
Rauchen über all gestattet.
Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms. Wigi Wirtner. Rosa Wirtner.
Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt.
Käthe Hartwig u. Leopold Thurner u. G. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Besf.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr.
Rauchen über all gestattet.
Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms. Wigi Wirtner. Rosa Wirtner.
Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt.
Käthe Hartwig u. Leopold Thurner u. G. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Besf.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Spezialitäten!
The 3 Milons Martin Kottner
Milli Capell
3 Avolos Sam Elton
Willi Walden
The Leamy-Troupe
Der Kosmograph. Vorher:
Don Juan in der Hölle
Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 101. Male: Coralle & Co. Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Don Juan in der Hölle

Anfang 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 101. Male: Coralle & Co. Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Cirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 4. März, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung. U. a.: Real She, die 4 Elemente. Kolossaler Erfolg! Robit! Filix Klary avec son Act comique. Zum erstenmal: Tandem ohne Zügel in der hohen Schule geritten von Dir. Alb. Schumann. Push-Ball, amerikanisches Sportspiel, ausgeführt von 12 Amerikanerinnen u. 10 Herren der Gesellschaft. L'écuyer lumineux. In Feuer und Flamme, angef. von Dir. Dora Schumann. Zum Schluss: **Mephisto** ca. 500 Ritterkämpfe. 2 Rittkorps. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz. Vom Hofballmeister A. Siems. Morgen Mittwoch, den 5. März, abends präzis 7 1/2 Uhr: Kulturverein (samt. oben angeführten Spezialitäten).

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Moderne Luftschiffahrt.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu! Präsident Roosevelt
Miss Alice Roosevelt.
Neu! Italienische Konzert-Kapelle „Humberto“ a. Venedig.
Neu! Der Boerenkrieg!
Riesengemaltbilder aus dem Transvaal-Kriege, nach der Natur aufgenommen.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogr. 8 Uhr.
Das phänomenal lustige neue März-Programm!
Der kleine Kohn ist da!
Barleske in 1 Akt von Robert Brettenbach. Musik von M. Fall. Gastspiel der 7-jährig. **Lola Gray** in dem Minodrama **Der Bajazzo und sein Kind**
16 erstklass. Spezialitäten!

Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)
Lehrbingerstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das neue große **März-Programm!**
12 neue Nummern.
Großer Erfolg!
Jack u. Mary, Fanny Behrens, Richards-Truppe, Charles-Trio, Fredoff.
Neu! Dazu um 8 1/2 Uhr: Neu! **Die Weildchenfee.**
Berliner Volkstheater mit Gesang in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Borverkauf v. 11-1 Uhr.

Casino-Theater.

Lehrbingerstr. 37.
Ab 11. März vollständig neues erstklassiges Spezialitäten-Programm! Dazu „Lustige Brüder“ mit Ridger, „Ehrlos“ mit Verg. Anfangsabend 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Dr. Simmel, Praxenstr. 59.
Spezialarzt für 11/13 Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

E. von Wolzogens Bunte Theater (Heberdrell) Köpnickstr. 68.

Heute abend 8 Uhr u. a.: „Atellenspiel“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Falds, „Strohwitwer u. Strohwitwe“, „Satirisches Schattenbänkeli“, Bozema Bratsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss.
Schall und Rauch (Kleines Theater) Unter den Linden 44.
Dienstag, 4. März, abends 8 Uhr: Gastspiel von Emann. Reicher.
Vorstellung vor Serenissimus Schiffbrüchig, Familienidyll, Herbstbauer.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Sonntag Anf. des Konzerts 5 Uhr, der Solree 7 Uhr. Entree 50 Pf., um 9 1/2 Pf. Wochentags Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf. — Tanz frei. Berechtigt! gültig.

Cirkus Busch

Dienstag, 4. März, abends 7 1/2 Uhr: Hr. Vorstellung. Klondike, Original-Pantomime des Cirkus Busch und die neu engagierten Spezialitäten.
W. Noacks Theater.
Trennendstraße 16.
Benefiz für Martha Hoffmann.
Schützenlies' l.
Voffe mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepton. Musik von G. Steffens.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Verlorene Ehre.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. H. Mütt.
Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.
Louis Kellers Festsäle
Roppstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger (Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
34912* Nach jeder Solree:
Familien-Kränzchen.
— Band haben Gültigkeit. —
Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Kalkauen-Billec.**

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort Umrbeit schlechtes Gebiss.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Zur Ballsaison.

Für Vereine und Gesellschaften.
Cotillon, Masken, Zauber, Scherz-Artikel, Damenspenden, Polonaise-Dekorationen.
Paul Schimliek, Festlichkeitsbedarf.
Tel. VIa, 11873. Berlin, Friedrichstrasse 235. 3503L*

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfangsabend 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin.
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung.
Tägl. Anstich des „Urbock“ **Bockbier-Jubel u. Trubel**
Ausschank: **Berliner Bock-Brauerei.**
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Honig!

Unverkäuflich deutschen Bienenhonig. Beste Qual. per 9 Pf. netto zu 6,50 Pf., 5 Pf. 4 Pf. franko Nachh. Garant. Nachh. E. Rell, Nordloh, Bahnhof Auguststr. Oldenburg.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau

Oranien-Strasse No. 30
Ede Walbert-Strasse.
Album- u. Lederwaren
Schmiedestraße 10
von 1.05 bis 1.25

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau

Oranien-Strasse No. 30
Ede Walbert-Strasse.
Album- u. Lederwaren
Schmiedestraße 10
von 1.05 bis 1.25

Louis Kellers Festsäle

Roppstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger (Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
34912* Nach jeder Solree:
Familien-Kränzchen.
— Band haben Gültigkeit. —
Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Kalkauen-Billec.**

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort Umrbeit schlechtes Gebiss.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle-Reste Noequetts, Plüsch, Satteltaschen.** Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefevre, Berlin, Oranienstr. 185

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer

und Mariannen-Str. 2.
Bereits-Ränze, Palmen u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden u. u. werden fein u. preiswert geliefert.

Apollo-Saal

Sebastian-Strasse 30.
Jeden Sonntag und Dienstag **Tanz.** Saal mit Bühne, auch Sonntag vergibt. 36333*
Salvina Franke.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware
6 Stück für 10 Pf.
Abrechts Bäckereien: **Wrangeistr. 9, Kronstr. 19, Falkenstr. 28, Luisenstr. 2.**

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Hautleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Ladefeder Zuchswallach

1,55, ist mit über 2000 Silberp. **Belgier wegen Todesfall billig veräußert.** Nachh. W. 40, I rechts. Besichtigung 4-6. 9405

Gänsefedern 60 Pf.

et. Pfund (größer zum Reizen). **Schlachtfedern, wie in d. Gänsefedern, mit allen Daunen M. 1,50, kleinerer Schlachtfedern M. 2,00, besserer Schlachtfedern M. 2,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhme. Daunen M. 5,00, russische Federn M. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gefüllte M. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme. Berlin S. **Gustav Lustig, Pringelstr. 49a.** Erste Federfabrik m. Fabr. Berlin. Diele Anzeigenschrift.**

Bruch-Pollmann

empfehl. sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Bierbrau- u. Gieß-Krautkassen Berlin C. 31735*

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. **Seidelstr. 9**
Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 4-1/2

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Georg Bernhard über: „Das Viehdiebstahl um die Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch ersucht 242/10*

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hensel, Invalidenstr. Nr. 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Holkenbuhr über: „Die Arbeiterversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 246/18*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Zur Beachtung! In allen unten angezeigten Versammlungen werden die Stimmzettel zur Abstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung ausgegeben.

Die Vertrauensmänner werden ersucht, für jedes Verbandsmitglied seiner Werkstatt einen Stimmzettel zu entnehmen und baldmöglichst auszufüllen zu lassen, sodann sämtliche Stimmzettel seiner Werkstatt an das Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, abzuliefern oder per Conwert einzusenden.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strauhbergerstr. 3. Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Südosten: bei C. Behrend, Mantelstr. 95. Tagesordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süden: bei Ketzolk, Wasserhorststraße 68. Tagesordnung: 1. Streit und Differenzen. 2. Bericht der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84. Tagesordnung: Bericht der Vertrauensmänner und Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Vertrauensmänner werden ersucht, ihre Verbandsbücher mitzubringen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 23/24. Tagesordnung: Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission, Verbands- und Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Friedrichsberg-Lichtenberg: bei Lutterbüse, Friedrichsbergstr. 11. Tagesordnung: 1. Bericht des Deputierten. 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. 3. Gewerkegerichtswahlen in Lichtenberg-Friedrichsberg.

Modell- u. Fabrikfischler im Lokal von Dieke, Krefelerstr. 123. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-differenzen. 3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Musikinstrumenten = Arbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. In dieser Versammlung werden die Scheine über die Urabstimmung verteilt, daher ist es notwendig, daß jede Fabrik vertreten ist. 80/7

Drehhler. Norden: Brunnenstr. 150. Osten: bei Matthes, Kopenstr. 41. Südosten und Westen: bei Wöhring, Admiralstr. 150. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Die Urabstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin. Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr:

Zwei Mitglieder-Versammlungen:

Für Moabit in den Arminiushallen, Bremerstraße 71/72. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten.

Für Schöneberg im Klubhaus, Hauptstraße 5-6. Tagesordnung: 1. Bericht und Wahl der Deputierten. 2. Wahl der Bezirksleiter. 3. Verschiedenes. 186/5

Fachverein der Tischler.

Dienstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Franke, Palladiumstraße 9:

Vertrauensmänner-Versammlung

Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch wenn nur ein Vereinskollege dort beschäftigt ist. — Pünktliches Erscheinen erwünscht. 186/5

Verein der freiheitlichen Sozialisten

Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 5. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung

Multatuli, der freie Denker und Dichter. Mit Recitation aus seinen Werken. Vortragender: Wilhelm Spohr. Gäste, Männer und Frauen, willkommen. Der Vorstand. 9305

Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonnabend, den 8. März 1902:

13. STIFTUNGS-FEST

in den Räumen des Palast-Theaters (früher Feen-Palast) Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke bestehend in

Gesangs-Aufführungen und Theater-Vorstellung.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Ledebour.

Nachdem: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang präcise 8 Uhr. Programm gratis. Billets 20 Pf. Der Vorstand.

Achtung, Bergolder!

Verband der im Bergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).

Sonnabend, den 8. März cr., in den Gesammtäumen der „Alhambra“, Wallnertheaterstraße 15 (2000 Personen fassend):

12. STIFTUNGS-FEST.

Mitwirkende: Künstler-Orchester, Direction: Herr A. Grabow. Deklamation: Herr Paul Paul vom Deutschen Theater. Gesangsvortrag: Opernsänger Herr Willy Frank. Theateraufführung: Eleven der Deutschen Theater-Schule unter Direction des Herrn P. Paul.

Anfang präcise 8 Uhr. Herren-Billets inkl. Tanz 50 Pf., Damen-Billets 30 Pf. sind bei den Reichstagsmitgliedern, sowie bei allen Werkstatt-Vertrauensleuten erhältlich. — Nach dem Konzert: GROSSER BALL.

Abendkasse findet nicht statt. Da ein künstlerischer Aufführung alles aufgegeben, wird ein zahlreicher Besuch erwartet.

Arbeitslose Verbandsmitglieder haben an diesem Abend freien Eintritt und erhalten 1 Mark Beihilfe. Diesbezügliche Karten werden am Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. März, vormittags von 8-10 Uhr im Arbeitslosen-Bureau verabfolgt.

Der Zahlabend fällt an diesem Sonnabend aus. 225/7

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin. Bureau der Zahlstellen Berlin und Umgegend: Engel-Ufer 15, Zimmer 29. (Fernsprecher: Amt VII 4289.) Geöffnet an den Wochentagen von vorm. 8-1 Uhr und nachm. von 3-7 Uhr.

Zur allgemeinen Beachtung! Laut Verbandsstatut beginnt die Beitragszahlung für das Geschäftsjahr 1902 mit dieser Woche. Beschluß unserer General-Versammlung ist, daß das bisherige Doppelmarken-System wegfällt und dafür eine Einheitsmarke von 65 Pf. pro Woche ins Verbandsbuch geliebt werden soll. Die Beiträge sind in den Quartalen und Jahressummen zu entrichten, wo das betreffende Mitglied wohnt. Arbeitslose Kollegen wollen sich an einem der letzten 3 Tage jeder Woche in den bekannten Verkehrslokale oder im Bureau in der Zeit von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr gegen Vorzeigung der Invaliditätskarte einen Stempel in ihr Verbandsbuch drücken lassen. Mitglieder, die einen solchen Stempel im Buche aufweisen, zahlen nur eine Marke von 25 Pf. für die betreffende Woche. Die Koffierung der Beiträge findet Sonnabends, abends von 8-10 Uhr, in den Verkehrslokale statt mit Ausnahme von Schöneberg, Berlin West und Groß-Lichterfelde, wofür der Verbandsbeitrag in der Wohnung der Mitglieder erhoben wird. 137/11*

Lesen- u. Diskutierklub Central.

Nachruf! Den Mitgliebern, Freunden und Genossen zur Kenntnis, daß unser treues und langjähriges Mitglied, der Maurer 266/15

Abolf Paschke

am 27. Februar in Radenitz nach einjährigem Krankenlager an der Tuberkulose verstorben ist. Der Verstorbene hat nach jeder Richtung seine Pflicht. Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

Dankagung.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Paul Gohlke

sage allen Bekannten, namentlich den Genossen des 3. Wahlkreises, sowie den Kollegen der Firma Gohlke meinen besten Dank. Ww. Gohlke.

General-Versammlung der

Zunungs-Krankenkasse der

Löcher- u. Dienstler-Zunung (Zwangszunung) für Zunungsmitglieder nach § 29 des Kassentatuts und § 35 des R.-A.-B.-G.) am Dienstag, den 18. März 1902, abends 8 Uhr, im „Königshof-Kasino“, Holzmarktstraße Nr. 72.

Tages-Ordnung: Wahl von 61 Delegierten nach § 43 des Kassentatuts.

Blaue Mitgliedskarte oder Einladungskarte berechtigt nur zum Eintritt. 9275

Julius Prillwitz, 1. Vorsitzender, N. Drontheimerstr. 58. Emil Hoffmann, Schriftführer, SW., Felschenstraße 10.

Erklärung.

Hierdurch nehmen wir die gegen den Herrn Carl Baklan, Wiesenstraße 60, und dessen Ehefrau Anna am 3. Januar 1902 gemachten delinquenten Versicherungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Wir erklären ausdrücklich, daß wir über Herrn Carl Baklan oder dessen Ehefrau Anna in keiner Weise irgendwelches behaupten können. Berlin, den 27. Februar 1902. F. Redlich und Frau. Wiesenstr. 60.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Am Donnerstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33:

Öffentliche Versammlung

der Fliesenleger Berlins und Umgeg. mit Frauen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Wie die Witter starben“, gehalten vom Genossen Waldeck Hanneke. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 56/4

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

Mittwoch, den 5. März 1902, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Draehenburg“, An der Schleifischen Brücke. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen J. Kallori über: „Momentane Arbeitslosigkeit und die bürgerliche Gesellschaft“. 2. Diskussion. 64/4

Lederarbeiter Berlin I.

Weissgerber, Lederfärber und Berufsgenossen. Große öffentliche Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Dienstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Grünmann (Vollgärtnen, Kleiner Saal), Vabstr. 56.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ull über Versicherungs-Gesetzgebung. 2. Kassendbericht, sowie Revisionsbericht. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. [942b] Der Vertrauensmann. H. Knobloch.

Achtung! Radfahrer!

Die Zeitschrift „Der Radfahrer“ hat die letzte Mitgliederversammlung am 125 und 145 R. festgelegt. Beide sind mit Mendenlager und Schweinsfurter Prädikationsnaben und absolut erstklassig.

Zur Bequemlichkeit des Publikums haben wir folgende Zahlstellen errichtet: Berlin: Mühlentierstr. 21, Steinmetzstr. 35, Gieselerstr. 20, Wöhringstr. 51, Stralauer Allee 170. Wilmersdorf: Wannierstr. 60, Steinmetzstr. 20. Tegeln: Vangensgesellschaft Freie Scholle. Dieletten sind durch Anschlag kenntlich. Nähmaschinen in allen Größen beschaffen wir zu billigen Fabrikpreisen, wie auch Wäbels und andere. Unter neu eingerichtete Reparaturwerkstatt stellen wir auch Nichtmitgliedern zur Verfügung. Reparaturen von Nähmaschinen und Fahrrädern billig. Umbau alter Modelle und Neubau von W. K. C. Maschinen prompt und sauber. 728

Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Marlinstr. 19.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks. Specialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34872*

Tischlerverein zu Berlin

Sonnabend, 8. März, in Schindlers Hof, Hasenbride 21:

Grosser Wiener Masken-Ball.

Anfang 9 Uhr. — Billets sind beim Vorstand zu haben. 198/5 Die Versammlung fällt am Sonnabend aus. Der Vorstand.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme

(Endstation der „Starn“-Dampfer) Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39. Empfehlung mein abgekantetes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstige, Regalbahnen, große Kaffeehäuser. Gute Küche und gepflegte Biere zu soliden Preisen. [36772]

Großer Möbelverkauf.

In meinem großen Möbeldepot und Lageräumen Neue Königstr. 59 (nahe Alexanderplatz) lassen viele Wohnzugs-Einrichtungen, neue und vieljährige gemachte, zum sehr billigen sehr billigen Ausverkauf. Wunderschöne Gelegenheiten für Brautleute wohl noch nie dagewesen. Brautleute erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Durch große Gelegenheits-Einkäufe, Reparaturen der Bademöbel, ferner durch Selbstherstellung sämtlicher Polstermöbel und Dekorations- als Innungsmöbel bin ich im Stande, ganze Einrichtungen (sowohl von 150, 200, 300 Mark) zu liefern. Hochselegante Ausstattungen von 1000 bis zu 2000 Mark. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlichen gewebter und zurechtgesetzter Möbel, die fast noch ganz neu und im Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind. Musterbuch gratis und franco. Kein Kaufzwang. Gefauste Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert und aufgestellt. Bitte genau auf Hausnummer 59 zu achten.

Nicht

Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh.

Blutandrang ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Berührung —

Monhaupt Citronensaftkur mit naturbelassenen milden Citronensaft von reifen Citronen als „Citromon“ gebr.

Berlin und nächste Vororte sende 1 Flasche „Citromon“, d. i. Saft von 20 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo, d. i. Saft von 80 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Auswärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankschreiben vieler Geheilten.

Täglich frische Pressung. P. Monhaupt, Berlin P. Schönhäuser Allee 177. Fabrik sanitärer Spezialitäten. Sowie nirgends weber. 186/5

Telephon: Amt III. No. 66.

Charlottenburg.

F. Kunsimann, Ballstr. 1. Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie! 36039*

1/2 Million Mk.

und mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mindestens ein Gewinn. Der kleine Treffer beträgt mehr wie der Einlog, daher bei Auslosung kein Risiko. Keine Massenlotterie, keine Serien- oder Patentlose. Gewinnschlüssel! Kein Schwindel! Jeder überzeuge sich erst und verlange Prospekt. 5/8*

P. Seidenfaden, Mühlhausen 181 (Thüringen).

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57. Anstuf bis abends neun. [36039]